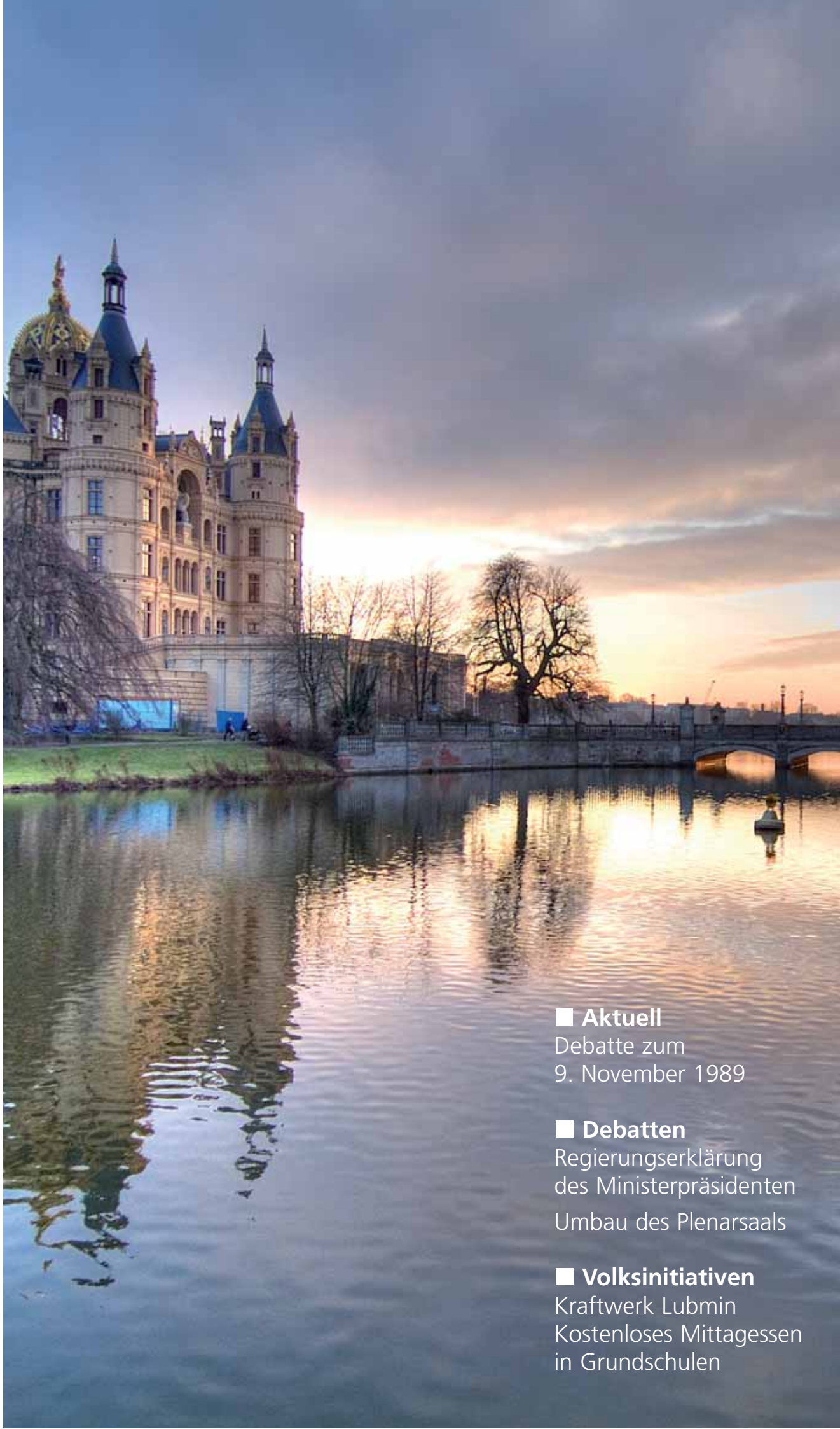


LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



■ Aktuell

Debatte zum
9. November 1989

■ Debatten

Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten
Umbau des Plenarsaals

■ Volksinitiativen

Kraftwerk Lubmin
Kostenloses Mittagessen
in Grundschulen



Jahrgang 18
8 / 2008

Seite 3

SpezialChinesische Gäste
im Landtag**Aus dem Plenum**

Seiten 4 – 5

Aktuelle Stunde:

9. November 1989 –

Aufbruch zur Wiedervereinigung
und Überwindung der Teilung
Europas – Erinnerung wach halten
und neue Chance mutig ergreifen

Seiten 6 – 9

Weitere Themen:

Finanzkrise

Volksinitiative Lubmin

Volksinitiative Mittagessen in
Grundschulen

Stipendien für Doktoranden

Seiten 10 – 24

Auszüge aus der Debatten:

Regierungserklärung des

Ministerpräsidenten

Sanierung des Plenarsaals

Seite 25

Weitere Themen:

Datenschutzgipfel

Mandatswechsel

Seite 26

Aus den Ausschüssen**Bildungsausschuss:**

Anhörung Hochschulgesetz

Agrarausschuss:

Anhörung Forstwirtschaft

Seite 27

SchlossgeschichtenSteinerne Spuren der
großherzoglichen Familie

Titelbild (Jörn Lehmann)

ImpressumHerausgeber: **Landtag Mecklenburg-****Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-
schengruppen manchmal nur die männliche
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-
liche Form mitgedacht.Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Bescheidenheit ist eine Zier

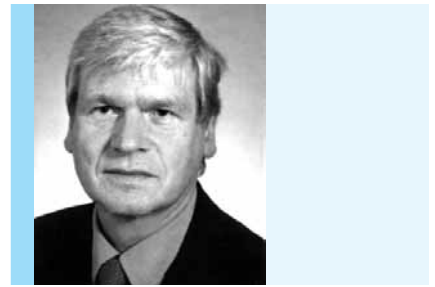
**Ohne Überraschungen:
Die erste Regierungserklärung
von Ministerpräsident
Erwin Sellering**

■ An die erste Regierungserklärung eines neuen Ministerpräsidenten knüpfen sich stets große Erwartungen. Sie werden regelmäßig enttäuscht. Auch Erwin Sellering (SPD) hat keine neue Politik angekündigt. Wie auch? Zum einen ist er zu seinem Amt nicht durch eine Landtagswahl gekommen, sondern durch eine geordnete Übergabe. Zum anderen muss er Rücksicht nehmen auf die Große Koalition. Und er muss bei seinen Äußerungen mit bedenken, dass die NPD im Landtag sitzt. Auch hat er auf die Außenwirkung solcher Reden zu achten.

Bei der Landtagswahl in Bayern waren neun Millionen Einwohner wahlberechtigt. In Mecklenburg-Vorpommern dürfte bei anhaltender Abwanderung die Einwohnerzahl demnächst den Stand von vor dem Zweiten Weltkrieg erreichen: etwa anderthalb Millionen. Das zeigt die Kräfteverhältnisse. Da ist Schweriner Bescheidenheit eine Zier und aus Mecklenburg-Vorpommern kein Wunder zu erwarten.

Manches an der Regierungserklärung Sellering's schrieb sich wie von selbst. Er musste auf die Finanzkrise eingehen, ohne wissen zu können, was sie für das Land bedeutet. Eine maximale Belastung von 130 Millionen Euro ist zwar im Stabilisierungspaket festgelegt. Aber die Folgen für die Wirtschaft, für das Steueraufkommen und damit für den Haushalt sind ungewiss. Sellering lobte seinen Vorgänger. Ob nur aus Pflichtschuldigkeit, das lässt sich für Außenstehende schwer ermessen. Aber nach außen hin war es ein Übergang, „ruhig und souverän“, wie Sellering sagte. Anderswo – siehe noch einmal Bayern – läuft es anders.

Das wichtigste Ziel von Sellering's Regierungserklärung ergibt sich nicht aus der Politikvorstellung des Ministerpräsidenten, sondern aus dem Zwang der Umstände. Wenn 2020 der zweite Solidarpakt ausläuft, muss Mecklenburg-Vorpommern sich selbst finanzieren können, will es eigenständig bleiben. Ein ausgeglichener Haushalt schon jetzt ist zwar ein positives Zeichen,



Frank Pergande berichtet als Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung seit 2003 aus Mecklenburg-Vorpommern.

auch an die Geberländer. Dennoch bleibt das strukturelle Defizit. Dass bei der Föderalismusreform dem Land droht, zum Geberland zu werden, ist ein Witz. Allerdings einer, über den ein Ministerpräsident nicht lachen darf. Hier muss sich Sellering gegen die anderen Länder durchsetzen. Er muss das vorsichtig tun, denn unter Umständen kann politisches Handeln, auch wenn es im Land dafür eine Mehrheit gibt, nach außen hin zum Imageschaden werden. Rot-Rot war so ein Imageschaden, der bis heute nachwirkt. Ebenso die Pöbeleien der NPD. Was die Zukunft des Landes anbelangt, so stellte Sellering neben die Wirtschaftsförderung gleichberechtigt die sozialen Faktoren, vor allem Bildung und Familienfreundlichkeit. Sozialdemokraten reden zwar immer gern von „sozialer Gerechtigkeit“, was alles und nichts sein kann. Auch ist bei der SPD dann der Mindestlohn nicht weit. Sellering hat das alles aber so geschickt gesagt, dass auch die CDU Beifall spenden konnte. Dass eine kluge Familienpolitik für Mecklenburg-Vorpommern eine Chance für Wachstum sein könnte – wer will das bestreiten?

Der Ministerpräsident erwähnte schließlich die aktuellen Herausforderungen, vor denen seine Regierung steht. Er verschwieg nicht, dass er das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin skeptischer sieht als sein Vorgänger. Aber auch er weiß, dass eine solche Investition, dass überhaupt die Entwicklung des Energiestandortes Lubmin für das Land ein Glücksfall ist. Politischer Erfolg ist es, sich bei unpopulären Entscheidungen durchzusetzen. Das gilt für das Kraftwerk genauso wie für die geplante Verringerung des Blindengeldes. Sellering ließ offen, was er persönlich für richtig hält. Wie soll er sich auch festlegen, wenn die Mehrheiten noch unklar sind. Seinen Vorgänger wird er nicht kopieren wollen und können. Der setzte sich, je länger er im Amt war, in für ihn wichtigen Fragen per Dickschädel durch. Heute gilt er als beliebter Ministerpräsident.

Frank Pergande

Voneinander lernen

Chinesische Jugenddelegation besuchte Landtag

■ Interessieren sich die jungen Leute in Mecklenburg-Vorpommern für Politik? Und woher wissen die Abgeordneten im Landtag, was die Jugendlichen bewegt, was sie denken und von der Politik erwarten? Diese und weitere Fragen zur Landespolitik diskutierte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 14. Oktober mit jungen Chinesen, die im Rahmen eines deutsch-chinesischen Austauschprogramms Mecklenburg-Vorpommern besuchten.



Der Leiter der chinesischen Delegation, Zhang Chi, informiert Sylvia Bretschneider über die Mitglieder seiner Delegation.

Sylvia Bretschneider begrüßte die chinesischen Gäste im Fraktionsraum der SPD. Sie erläuterte ihnen Geschichte und heutige Nutzung des Schweriner Schlosses und informierte über Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise des Landesparlamentes. Im anschließenden Gespräch standen Fragen der Jugendpolitik im Mittelpunkt. Besonders interessierte die jungen Asiaten, ob und wie sich Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern an politischen Entscheidungen beteiligen können. Sylvia Bretschneider erläuterte, dass sich Jugendliche vor allem in konkreten, zeitlich begrenzten Projekten in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld engagieren. Längerfristiges politisches Engagement dagegen sei für viele Jugendliche nicht attraktiv. So hätten auch die Parteien leider zu wenig junge Mitglieder. Wie denn die Abgeordneten, die ja als Vollzeitpolitiker vor allem in der Landeshauptstadt wirken, wüssten, was die Menschen im Land bewege, fragte ein Delegationsmitglied. Sylvia Bretschneider erklärte, dass jeder Abgeordnete ein Bürgerbüro in seiner Hei-

matregion habe und so der Kontakt zu den Menschen nicht verloren ginge. Außerdem seien viele Landtagsabgeordnete auch Mitglieder ihrer Kommunalparlamente und in Vereinen und Verbänden aktiv. Und schließlich habe jeder Abgeordneter durch seine Familie sowie seinen früheren Beruf eine Vorstellung davon, was die Menschen im Land bewege. In diesem Zusammenhang erläuterte Bretschneider die Arbeit der für die Jugend zuständigen Fachausschüsse im Landtag – Bildungsausschuss sowie Sozialausschuss.

Zhang Chi, Leiter der chinesischen Delegation, bedankte sich für den herzlichen Empfang im Landtag. Er berichtete von den bisherigen Erlebnissen in Deutschland und machte deutlich, dass es den Mitgliedern seiner Delegation ein wichtiges Anliegen sei, mit Deutschen Erfahrungen auszutauschen und so voneinander zu lernen. Er betonte, dass die Delegation schon viel Interessantes gesehen und ausführlich über das Erlebte diskutiert habe. Nach der Übergabe der Gastgeschenke



Fotos: Claudia Richter

Zhang Chi überreichte eine traditionelle chinesische Skulptur mit der Abbildung eines Fischreigens. Fische stehen in China für Fruchtbarkeit, Überfluss und Wohlstand sowie für Ausdauer und Hartnäckigkeit.

hatte die Delegation die Gelegenheit, den Plenarsaal sowie die historischen Räume des Schlossmuseums zu besichtigen. Die 25- bis 40-jährigen chinesischen Jugendvertreter gehörten zu einer Delegation, die vom 13. bis 20. Oktober Deutschland besuchte. Entsprechend einer zwischen dem Bundesfamilienministerium und dem Allchinesischen Jugendverband getroffenen Kooperationsvereinbarung waren im Vorjahr sowie im März dieses Jahres 400 junge Deutsche, darunter auch Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern, in China zu Gast und haben unvergessliche Eindrücke und Erfahrungen gesammelt. Ebenso viele Chinesen – Vertreter von Jugendverbänden und Studentenorganisationen, Verwaltungsangestellte und Journalisten – waren nun im Gegenzug auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Woche in Deutschland. Nach dem Programmstart in Berlin reisten die Gäste in Gruppen in die 16 Bundesländer, um die Vielfalt der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland kennen zu lernen. Zum Programm in Mecklenburg-Vorpommern gehörten neben dem Landtag auch ein Treffen mit der Sozialministerin, ein Besuch beim offenen Kanal FiSCH TV, Gespräche mit der Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings, die Vorstellung des Jugendforschungsprojekts zur Regionalgeschichte „Zeitensprünge“ sowie Jugendprojekte in Rostock und Wismar.

14.45 点
州议院议长在什未林宫殿
接见来宾, 之后参观宫殿

14.45 Uhr: Empfang durch die Landtagspräsidentin im Schweriner Schloss mit anschließender Schlossbesichtigung (aus dem Besuchsprogramm).

Landtag würdigte friedliche Revolution 1989

Redner warnten vor Gefahren des Rechtsextremismus

■ Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat am 22. Oktober an die friedliche Revolution von 1989 erinnert. Politiker verschiedener Fraktionen riefen in der Aktuellen Stunde dazu auf, die Demokratie vor dem Rechtsextremismus zu schützen. Das Thema „9. November 1989: Aufbruch zur Wiedervereinigung und Überwindung der Teilung Europas – Erinnerung wach halten und neue Chance mutig ergreifen“ hatte die CDU-Fraktion beantragt.

■ Mutige und engagierte Menschen hätten mit ihren Protesten die SED-Diktatur gestürzt und den Weg zur deutschen Einheit geebnet, betonte CDU-Fraktionschef **Dr. Armin Jäger**. Das DDR-Regime habe die Menschen eingesperrt und eingeschüchert, doch hätten sich diese zur Wehr gesetzt. „Sie wagten zu sagen: Wir wollen so leben, wie uns das immer versprochen wurde, und zwar in einer Demokratie, in der die Macht tatsächlich vom Volke ausgeht“, sagte der Christdemokrat. Die DDR sei wirtschaftlich, politisch und moralisch gescheitert. Mit dem Fall der Mauer sei schließlich die jahrzehntelange Teilung Deutschlands aufgehoben worden. Er rief zudem dazu auf, die Demokratie vor den aktuellen Gefahren des Rechtsextremismus zu schützen.

Linksfraktionschef **Prof. Dr. Wolfgang Methling** betonte, dass sich seine Partei mit der politischen Vergangenheit kritisch auseinandersetze und sich zu ihrer Verantwortung bekenne. PDS und LINKE hätten sich für begangenes Unrecht ent-

schuldigt. Seit nunmehr fast 20 Jahren sei aber kein Wort über die Rolle und Verantwortung der Ost-CDU und der anderen damaligen Blockparteien gefallen, die ebenfalls das SED-System gestützt hätten. Kritisch äußerte er sich zudem zum Einheitsprozess: Hier seien Chancen vertan und Weichen falsch gestellt worden. „Mit dem systematischen Aufbau Ost erfolgte der Nachbau West und es gab keine Grundlage, das Beste aus beiden zu machen.“ Es habe keine wirkliche Vereinigung gegeben, sondern „einen Beitritt Ost nach West“.

Der SPD-Abgeordnete **Dr. Gottfried Timm** hob hervor, dass die Menschen vor 19 Jahren selbst neben der Gestaltung der deutschen Einheit auch eine Diktatur in die Demokratie überführt und aus einer sozialistischen Plan- eine soziale Marktwirtschaft gemacht hätten. Diese Errungenschaften gelte es zu schützen. So müsse Demokratie jeden Tag mit Leben erfüllt und „kämpferisch verteidigt“ werden. „Heute gegen den Rechtsextremis-

mus, auch hier in diesem Landtag“, betonte der Politiker. „Das Soziale in der Marktwirtschaft ist immer wieder in Gefahr“, warnte er. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise sprach er sich für „verlässliche und feste Marktregeln“ vom Staat aus. Zudem müsse technischer Fortschritt immer mit Ressourcenschutz verbunden sein.

FDP-Fraktionsvorsitzender **Michael Roof** warnte davor, die DDR im Rückblick zu verklären. So seien Bewegungs- und Meinungsfreiheit stark eingeschränkt, Kinder aus systemkritischen Familien vom Studium ausgeschlossen und älteren Menschen mitunter medizinische Leistungen verwehrt worden. „Unfreiheit war es, was das System DDR schier unerträglich machte“, betonte er. „Die Art des friedlichen Protestes und die mutige Ausdauer, die die Bevölkerung der DDR dabei an den Tag legte, ohne sich von den potenziell vorhandenen Repressalien beeindrucken zu lassen, ist eine historische Leistung, die wir gar nicht oft genug zu würdigen haben.“ Nach Ansicht der Liberalen hat es keinen „Beitritt“, sondern „die Wiedervereinigung des deutschen Volkes“ gegeben.

Nach Auffassung von **Tino Müller** (NPD) ist vor fast 20 Jahren die „größte Möglichkeit“ verspielt worden, „für das deutsche



Dr. Armin Jäger (CDU)



Prof. Dr. Wolfgang Methling (DIE LINKE)



Dr. Gottfried Timm (SPD)

Fotos: Uwe Balewski

Volk eine Verfassung“ zu erarbeiten. „Statt Volkssouveränität wurde das wiedervereinigte Deutschland umso fester an das XXL-Monstrum EU angekettet“, betonte er. Ein „behutsamer Umbau der DDR-Wirtschaftsstrukturen“ sei nicht gewollt gewesen. Er erinnerte an „Positives“, das in der DDR aufgebaut worden sei: „Kindervorsorge, Familienberatungen, körperliche Ertüchtigungen, Bildungswesen, kultureller Bereich. Vorbildhaft auch die Ausländerpolitik“. Den „repressiven Überwachungs- und Spitzelapparat“ sowie „Funktionärs- und Bonzenwesen“ zählte er unter anderem zur Negativbilanz der DDR.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** verwies auf die „Hilfe zur Selbsthilfe“, mit der die alten Bundesländer die neuen unterstützt hätten. Die zentrale Veranstaltung zum Tag der deutschen Einheit im vergangenen Jahr in Schwerin sei eine gute Gelegenheit gewesen, „mit berechtigtem Stolz auf die Leistungen der Menschen in unserem Lande im Nordosten Deutschlands hinzuweisen“. Dieses Ereignis zeige genau wie der G8-Gipfel in Heiligendamm beispielhaft, „wie wir auch in Mecklenburg-Vorpommern die neuen Chancen nach der Wiedervereinigung genutzt haben, um das Land voranzubringen“. Seiner Meinung nach gehören Freiheit und Verantwortung in der Demokratie zusammen. Man müsse hellwach bleiben, „um die Verteidigung von Freiheit und Demokratie immer wieder sicherzustellen“.

Günter Rühls (CDU) stellte persönliche Erinnerungen und Schicksalsschläge in den Mittelpunkt seiner Rede. Verwandte seien von der Staatssicherheit bei der Flucht gefasst, ins Gefängnis gesteckt worden und

darin zerbrochen. Er berichtete auch von Freunden in Neubrandenburg, „einfache Leute“, wie er sagte. Auch sie seien eingesperrt worden, als sie mit einem „A“ im Fenster ihrem Ausreise-Wunsch öffentlich Nachdruck verliehen. Ein Anliegen sei es für ihn, Erinnerungen wach zu halten, gerade für die Jugendlichen. Damit Erinnerungen nicht verfälscht und immer „rosiger“ würden. „Unsere Aufgabe ist es, gemeinsam die Vorteile der Demokratie herauszuarbeiten“, mahnte er die Politiker. Dazu gebe es keine Alternative.



Wirtschaftsminister Jürgen Seidel



Günter Rühls (CDU)



Michael Roof (FDP)



Tino Müller (NPD)

Fotos: Uwe Baleski

„SCHICKSALSTAG“ DER DEUTSCHEN

9. November 1848

Robert Blum, linksliberaler Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, wird unter Missachtung seiner Abgeordnetenimmunität von einem Hinrichtungskommando erschossen.

9. November 1918

Reichskanzler Maximilian von Baden verkündet die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann ruft vom Reichstagsgebäude aus die „deutsche Republik“ aus. Die Regierungsgeschäfte werden an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert übertragen.

9. November 1923

In München marschieren bewaffnete Nationalsozialisten zur Feldherrnhalle. Anführer ist Adolf Hitler, der zehn Jahre später die Macht in Deutschland übernehmen sollte und die Welt in ihre größte Katastrophe stürzte: den Zweiten Weltkrieg.

9. November 1938

Im gesamten Deutschen Reich brennen die Synagogen. Jüdische Geschäfte werden geplündert, jüdische Mitbürger verhaftet, verletzt, ermordet oder in Konzentrationslager verschleppt. Das inszenierte Pogrom wird zynisch „Reichskristallnacht“ genannt. Die Pogromnacht ist Auftakt zu der systematischen Judenverfolgung und -ermordung (Holocaust) durch den deutschen Nationalsozialismus.

9. November 1967

Bei der feierlichen Amtseinführung des neuen Rektors der Hamburger Universität entfalten Studenten ein Transparent mit dem Spruch „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“, der zum Symbol der 68er-Bewegung wird.

9. November 1989

Fall der Berliner Mauer. Nachdem SED-Politbüromitglied Günter Schabowski auf einer im DDR-Fernsehen übertragenen Pressekonferenz die Gewährung von Reisefreiheit bekannt gegeben und die Nachfrage nach dem Beginn dieser Regelung mit „sofort, unverzüglich“ beantwortet hatte, strömen Tausende zu den Grenzübergangsstellen. Der Anfang vom Ende der DDR ist eingeläutet.

Finanzkrise beschäftigt Landtag

Kontroverse Debatte um Einfluss des Staates

■ Die aktuelle Krise auf dem Finanzmarkt beschäftigt auch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Auf der Sitzung am 22. Oktober forderten die Abgeordneten aller Fraktionen, Lehren aus der gegenwärtigen Situation zu ziehen. Sie stimmten einem Antrag der Koalitionsfraktionen zu, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich auf Bundesebene unter anderem für eine Verbesserung der Bankenaufsicht einzusetzen. Auf Antrag der FDP beschlossen die Parlamentarier außerdem, dass die Regierung bis Ende Januar 2009 im Finanzausschuss über die Auswirkungen der Krise auf Mecklenburg-Vorpommern und über Maßnahmen zur Unterstützung mittelständischer Unternehmen berichten soll. Ein Antrag der Linken, die beispielsweise eine umfassende Regulierung des privaten Finanzmarktes und einen gesetzlichen Schutz von Spareinlagen durchsetzen wollten, wurde abgelehnt.

Vor dem Hintergrund der Banken- und Finanzkrise sagte Finanzministerin **Heike Polzin** magere Steuer-Jahre voraus. „Wir müssen uns damit vertraut machen, dass sich die drei guten Jahre mit sprudelnden Steuereinnahmen nicht fortsetzen werden.“ Die Bundesregierung habe ihre Wachstumsprognose für das kommende Jahr von 1,2 auf 0,2 Prozent gesenkt. Andere aktuelle Schätzungen seien noch pessimistischer. Ein so geringes Wachstum habe es in den vergangenen fünfzig Jahren der Bundesrepublik nur sechsmal gegeben. „Anders als in den Jahren 2001 und 2002 wird uns die Krise jedoch nicht unvorbereitet treffen.“ Hintergrund sei die „vorbildliche Konsolidierungspolitik“ der vergangenen Jahre und die vorsichtige Planung der Einnahmen im Landeshaushalt. Am Kurs der Haushaltskonsolidierung müsse festgehalten werden. Die Ministerin sprach sich gegen Steuersen-



Bankenzentrum Frankfurt am Main

Foto: Jens Böttner

kungen zur Ankurbelung der Konjunktur aus, wie das Vorziehen der für 2010 geplanten Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen. Davon würden vor allem Besserverdienende profitieren, sagte sie. Impulse für Konsum und Konjunktur könnten dabei nur erhofft werden. Zudem würde dies Mindereinnahmen für den Staat bedeuten, allein Mecklenburg-Vorpommern müsste mit einem Minus von 85 Millionen Euro rechnen.

Der SPD-Finanzexperte **Rudolf Borchert** sieht in dem vom Bund beschlossenen Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarktes eine richtige Antwort der Politik auf die Finanzkrise. Die Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik der letzten Jahrzehnte habe dagegen als „Brandbeschleuniger“ gewirkt. „Diese Politik des Casino-Kapitalismus ist nun gescheitert“, sagte er. Es sei richtig, das Rettungspaket von 480 Milliarden Euro an Bedingungen wie die Begrenzung von Managervergütungen zu knüpfen. Der Haushalt von Mecklenburg-Vorpommern bleibt seinen Aussagen nach bis Ende 2009 trotz der Krise unverändert. Ab 2010 könnten jedoch Bürgerschaftsausfälle bis zu maximal 130 Millionen Euro den Landeshaushalt zusätzlich belasten. Das Problem ist seiner Meinung nach ohne Neuverschuldung zu meistern. Er forderte zudem, „schnell und zügig“ ein Konjunkturprogramm auf den Weg zu bringen.

Die Finanzkrise wird sich nach Auffassung des wirtschaftspolitischen Sprechers der Linken, **Helmut Holter**, etwa in einem halben Jahr auch auf die Wirtschaft auswirken. So müsse sich die Politik schon jetzt Gedanken über mehr öffentlich geförderte Beschäftigung machen. Er forderte zudem ein Ende der Lohnzurückhaltung. Jetzt sei eine Stärkung der Binnenkaufkraft gefragt. Bestehende Arbeitsplätze müssten gesichert und neue geschaffen werden. „Wir brauchen das Primat der Politik“, sagte er. „Unsere Aufga-

be ist es, das Vertrauen in Demokratie und Politik zu stärken“.

Egbert Liskow (CDU) warnte davor, in „Aktionismus“ zu verfallen. Deshalb werde seine Fraktion den Antrag der Linken ablehnen. Der Bund habe rasch reagiert. Wenn es soweit ist, werde auch der Landtag die nötigen Schritte unternehmen. „Wir dürfen nun nicht alles überregulieren“, betonte er.

Michael Rooff, Fraktionschef der FDP, hält staatliche Konjunkturprogramme nicht für die „richtige Antwort“ auf die Krise. Besser sei es, die Bürger zu entlasten, indem Steuern gesenkt und dadurch Einkommen erhöht werden. Den Linken warf er vor, nicht wirklich an einer Lösung des Problems interessiert zu sein. Deren Antrag werde „ohne große Diskussion“ von den Liberalen abgelehnt. Die Aufgabe des Staates verglich er mit denen eines Schiedsrichters beim Fußball. Er habe für die Einhaltung der Regeln zu sorgen, dürfe aber nicht Partei ergreifen.

Auch **Jochen Schulte** (SPD) hält nichts von „schnell zusammengeschusterten Konjunkturprogrammen auf Bundesebene“ und plädierte für eine Senkung der Abgabenlast. Denn auch Mecklenburg-Vorpommern müsse sich „zumindest vorläufig“ von den Wachstumszahlen der vergangenen Jahre verabschieden. Jetzt gelte es, kleine und mittelständische Unternehmen und deren Netzwerke zu stärken.

Udo Pastörs (NPD) sagte eine deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung voraus. Er sprach von „mafiösen Strukturen“ zwischen Banken und Politik, die eine wirksame Finanzaufsicht erschweren würden. Zudem prangerte er die hohen Bezüge der Bankvorstände an. In Amerika könnten Manager bis zu einer Milliarde Dollar im Jahr verdienen. In Deutschland sei die Situation noch nicht ganz so schlimm. Aber auch hier sei man auf dem „Irrweg“ gewesen. Das solle zu denken geben.

Angelika Gramkow (DIE LINKE) sprach sich für neue Regeln auf dem Finanzsektor aus. Unabdingbar sei beispielsweise die Einführung von Transaktionssteuern. Hedge-Fonds sollten in Deutschland die Lizenzen entzogen, Finanzprodukte geprüft und Managergehälter begrenzt werden. Auch Sparkassen und Landesbanken kommen Gramkow zufolge nicht ungeschoren aus der Krise. Der öffentliche Finanzsektor müsse neu organisiert und gestärkt werden. Die im September zur neuen Schweriner Oberbürgermeisterin ge-

wählte Landtagsabgeordnete verabschiedete sich am Ende ihrer letzten Rede als finanzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion mit einem Witz aus dem Parlament. Sie fragte in die Runde der Abgeordneten: „Was ist der Unterschied zwischen Kommunismus und Kapitalismus?“ Und gab selbst die Antwort: „Im Kommunismus wird erst verstaatlicht und dann ruiniert und im Kapitalismus wird erst ruiniert und dann verstaatlicht.“

Volksinitiative Lubmin abgelehnt

Heftige Debatte von Gegnern und Befürwortern im Landtag

■ **Der Landtag hat nach erneuter heftiger Debatte die Volksinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“ mit Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Auf der Sitzung am 22. Oktober stimmte die Mehrheit der Abgeordneten einer Entschließung zu, in der auf das laufende Genehmigungsverfahren samt Anhörungen verwiesen wird. Damit sind die Bemühungen von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Grünen und Linken gescheitert, das Projekt des dänischen Konzerns Dong Energy auf politischem Wege zu stoppen. DIE LINKE als Mitinitiator bezeichnete den Umgang der Regierungsfractionen mit der Volksinitiative als „unwürdig, peinlich und Schlag ins Gesicht der Demokratie“. Auch zwei Abgeordnete der SPD, in der es ebenfalls Widerstand gegen den Kraftwerksbau gibt, stimmten gegen die Ablehnung der Volksinitiative, drei weitere enthielten sich der Stimme.**

Vor der Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses war in der Entschließung die Passage, dass vom Kraftwerk „keine negativen Auswirkungen“ ausgehen, auf Antrag von SPD und CDU gestrichen worden. Gutachten haben nach Ansicht der Kritiker des Projekts bislang keine eindeutigen

Ergebnisse gebracht. Ein Antrag der Linken, in dem das Engagement der 32.000 Unterzeichner der Volksinitiative als „wichtiger Teil der Willensbildung im Land“ gewürdigt wurde, fand die Mehrheit aller Fraktionen. Der zweite Teil des Antrages, mit dem die Fraktion eine Anhörung zum öffentlichen Interesse und zu den Auswirkungen auf Natur und Umwelt forderte, wurde hingegen abgelehnt.

Jochen Schulte (SPD) begründete als Vorsitzender die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses, die Volksinitiative abzulehnen und der Entschließung zuzustimmen. Er regte zudem an, im Landtag Regelungen zu schaffen, die es erlauben, im Bedarfsfall Fristen zu verlängern. Im Fall der vorliegenden Volksinitiative hätten sich bestimmte Zwänge als hinderlich erwiesen. So sei bei der Beratung aus rein formalen Gründen ein Monat verloren gegangen. Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, **Professor Dr. Wolfgang Methling**, sprach von einem „skandalösen Umgang mit der Meinung der Bevölkerung“. Gerade mal acht Monate nach Start der Volksinitiative solle sie bereits ad acta gelegt werden. Solch eine geringschätzige Haltung zeuge von „unglaublicher Arroganz“. 32.000 Bürger – das entspräche der Einwohnerzahl Wismars. Das allein sei schon ein Hinweis auf die Qualität des öffentlichen Interesses. Zudem könne allein der Imageschaden für die Region gravierende Auswirkungen auf den Tourismus haben, begründete er den Antrag seiner Fraktion.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** rief zu Besonnenheit und Sachlichkeit in der Dis-

kussion auf. Er verwies darauf, dass im Rahmen des laufenden rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahrens auch die vorgebrachten Einwände sorgfältig geprüft würden. „Eine politische Einflussnahme wird es nicht geben, sie wäre auch rechtswidrig“, betonte Seidel. Er warnte davor, bei den Bürgern Erwartungen zu schüren, „dass durch Parteitagsbeschlüsse bestehende Gesetze“ außer Kraft gesetzt werden könnten.

Dem pflichtete der SPD-Politiker Jochen Schulte in der Debatte bei. Die Politik setze den Rahmen und Sorge dafür, dass dieser eingehalten werde. „Das ist eines der Grundprinzipien, die einen legitimierten Rechtsstaat von einem willkürlichen System unterscheiden.“

Helmut Holter (DIE LINKE) beantragte eine namentliche Abstimmung. „Was hier durch die Mehrheit des Landtages gemacht wird, ist ein Schlag ins Gesicht der Demokratie“, kritisierte er. Es sei viel zu wenig Zeit für eine Diskussion geblieben. Eine ausführliche Debatte mit Sachverständigen im Wirtschaftsausschuss ist seiner Meinung nach gar nicht gewollt gewesen. Nach einer Experten-Anhörung wäre der Ausschuss zu einer anderen Beschlussempfehlung gekommen, betonte der Abgeordnete.

Die Kritik wurde im Grundsatz auch von der FDP geteilt, deren Fraktionschef **Michael Rooff** von einem Verhalten sprach, das „eines Parlaments nicht würdig ist“. Es habe keine ausführliche Anhörung gegeben. Seine Fraktion werde deshalb der Beschlussempfehlung nicht zustimmen. Doch betonte Rooff, dass amtli-



Gegner des Steinkohlekraftwerkes Lubmin demonstrierten am 22. Oktober vor dem Schweriner Schloss.

che Genehmigungsbehörden über Investitionen zu entscheiden hätten. „Deren Entscheidungen haben wir dann zu akzeptieren“, sagte er.

Matthias Lietz (CDU) verwies auf eine bevorstehende Anhörung Ende Oktober. Den Gegnern des Steinkohlekraftwerkes warf er vor, mit überzogenen Protesten einen falschen Eindruck zu vermitteln. Bilder von qualmenden Schornsteinen würden dem Tourismus in Ostvorpommern schaden. Er habe als Kommunalpolitiker die Entwicklung in und um Lubmin seit Jahren begleitet. Die Ängste der Bürger würden ernst genommen. „Aber, wer behauptet, das laufende Verfahren sei politisch beeinflussbar, der irrt.“ Die Entscheidung liege letztendlich bei den Genehmigungsbehörden.

Birgit Schwabs (DIE LINKE) bemängelte die fehlende Transparenz des Verfahrens. Die Hürden für Bürger, die sich informieren und äußern wollten, seien hoch gewesen. So konnten sie der Rednerin zufolge die Unterlagen nur zu den Dienstzeiten der Ämter einsehen und keine Kopien machen. Zudem seien die Fristen zu kurz gewesen. Sie warf den Koalitionsfraktionen vor, in der Beschlussempfehlung Stellung zugunsten des Investors bezogen zu haben.

Raimund Bormann (NPD) sprach im Zusammenhang mit der Beteiligung der Linken an der Volksinitiative von „geheuchelter Gerechtigkeit“. Als Minister habe der heutige Fraktionsvorsitzende keine Initiativen ergriffen, um beispielsweise moderne Werke entstehen zu lassen. Eine Ablehnung der Beschlussempfehlung hat seiner Auffassung nach keine rechtlichen Auswirkungen auf das Genehmigungsverfahren. Sie sei lediglich ein „bloßes Glaubensbekenntnis“.

Professor Dr. Wolfgang Methling beantragte anschließend eine getrennte Abstimmung zu beiden Punkten im Antrag seiner Fraktion DIE LINKE.

Dong will bis 2012 am Greifswalder Bodden für rund zwei Milliarden Euro ein 1600-Megawatt-Kraftwerk errichten. Tourismuswirtschaft, Kommunalpolitiker und Umweltschützer befürchten negative Auswirkungen.

Den Wortlaut der Entschliebung auf DS 5/1904 sowie die Änderung auf DS 5/1931 finden Sie unter www.landtag-mv.de (Landtag / Parlamentsdokumente)

Kostenfreies Mittagessen an Schulen

Volksinitiative nicht durchgesetzt

■ An den Grundschulen Mecklenburg-Vorpommerns wird es bis auf weiteres kein generell kostenfreies Mittagessen geben. Der Landtag lehnte am 22. Oktober mit deutlicher Mehrheit unter Hinweis auf fehlende Finanzmittel eine entsprechende Volksinitiative ab.

Das Anliegen sei zwar sinnvoll, von den Schulträgern in den Kommunen aus Kostengründen derzeit aber nicht umsetzbar, begründete die CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Bildungsausschusses, **Ilka Lochner-Borst**, die Ablehnung. In Abstimmung mit der kommunalen Ebene müsse ein langfristig tragfähiges, ganzheitliches Konzept zur gesunden Ernährung entwickelt werden. Darin müssten auch Kindertagesstätten und Grundschulklassen an Förderschulen berücksichtigt werden. Einer entsprechenden Entschliebung stimmten die Abgeordneten zu.

Die Frage nach der Finanzierung stellte auch der SPD-Sozialexperte **Jörg Heydorn**. Man müsse schon überlegen, welche Akteure mit ins Boot geholt werden sollen. Bei der Bereitstellung von Geldern sei ein Zusammenwirken von Bund, Land und Kommunen nötig.

Andreas Bluhm von der Linksfraktion rief die SPD/CDU-Landesregierung auf, ihren eigenen Zielen für eine gesunde Ernährung der Kinder entsprechend mehr Geld für die Essensversorgung bereitzustellen. Die zu Jahresbeginn gestartete Volksinitiative war landesweit von rund 18.000 Menschen unterschrieben worden. Bluhm erinnerte in der Landtagsdebatte daran, dass auch Ministerpräsident Erwin Sellering in seiner Regierungserklärung die Gewährleistung eines kostenfreien Mittagessens in Kitas und Schulen als Ziel benannt hatte. Das Land dürfe damit aber nicht warten, bis der Bund entsprechende Finanzmittel bereitstelle. Er forderte eine namentliche Abstimmung.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Marc Reinhardt**, räumte ein, dass es Eltern gebe, die finanziell nicht in der Lage sind, ein warmes Essen für die Kinder zu bezahlen. Aber man müsse sich von der Illusion verabschieden, das Problem mit finanziellen Umverteilungen lösen zu können. Seiner Meinung nach müssten starke Partner aus Wirtschaft, Kirchen, Verbänden und Kommunen zusam-



GRUNDSCHULEN IN M-V

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 264 Grundschulen, davon 231 öffentliche Schulen und 33 Schulen in freier Trägerschaft. In den Klassenstufen 1 bis 4 lernen dort rund 47.700 Schülerinnen und Schüler.

RICHTIGSTELLUNG

Auf Verlangen der NPD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern wird klar gestellt, dass das in Ausgabe 7/2008 der LandtagsNachrichten im Bericht unter der Überschrift „Landesblindengeld“ auf Seite 8 abgedruckte Zitat des Abgeordneten Stefan Köster „Steuergelder im vergeblichen Kampf gegen Nationalsozialisten verschwendet“ unzutreffend ist. Tatsächlich hat der Abgeordnete Stefan Köster in der genannten Debatte am 24. September 2008 Folgendes ausgeführt: „Für uns Nationalisten gibt es keinen sachlichen Grund für die Kürzungen. Solange die Landesregierung Steuergelder in Millionenhöhe verschleudert, zum Beispiel im aussichtslosen Kampf gegen Volkstreue und auch im Zusammenhang mit Subventionen, hat die Regierung zudem überhaupt kein moralisches Recht, Leistungen für Hilfsbedürftige zu kürzen“.

menwirken. Entscheidend sei, die Eltern in die Lage zu versetzen, selbst Verantwortung zu tragen. Es gehe um die Entwicklungschancen aller Kinder, sagte er und bat um Zustimmung für die Beschlussempfehlung.

Tino Müller (NPD) machte den Staat für ein „offensichtlich asoziale Politik“ verantwortlich, bei der immer mehr Familien in Armut leben müssten. Der „demokratische Block“ sei daran schuld. Im Bildungsausschuss gebe es nur Absichtserklärungen. Seine Partei strebe eine Volksgemeinschaft an und arbeite an einem „besseren Deutschland“. Seine Fraktion begrüße die Volksinitiative.

Für die FDP forderte der Abgeordnete **Hans Kreher** einen konkreten Zeitplan und die Einbeziehung von Schulen in freier Trägerschaft, die nicht Bestandteil der Volksinitiative waren. Wie Ilka Lochner-Borst sprach er sich für die Entwicklung und Umsetzung eines „umfassenden Konzepts zur gesunden Ernährung für alle Kinder im Land“ aus. Zudem müsse die Finanzierung geklärt werden.

Nach Schätzung der Linken nehmen etwa 60 Prozent der Grundschüler nicht am Mittagessen in der Schule teil. **Angelika Gramkow** (DIE LINKE) schlug vor, die benötigten Finanzmittel aus dem Zukunftsfonds des Landes zu nehmen. Den Bedarf bezifferte sie auf jährlich etwa 20 Millionen Euro.

Den Wortlaut der Entschließung auf DS 5/1906 finden Sie unter www.landtag-mv.de (Landtag / Parlamentsdokumente)

Höhere Stipendien

Landtag beschließt bessere Förderung von Doktoranden

■ **Junge Wissenschaftler sollen in Mecklenburg-Vorpommern künftig besser gefördert werden. Der Landtag beschloss auf seiner Sitzung am 22. Oktober mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP ein neues Landesgraduiertenförderungsgesetz. So wird das Grundstipendium für Doktoranden von derzeit 818 auf 1.100 Euro aufgestockt. Zudem ver-**

dreifacht sich der Kinderzuschlag auf 150 Euro monatlich. Mit dem Geld werden pro Jahr etwa 100 Nachwuchswissenschaftler unterstützt. Dafür werden auch zusätzliche Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds bereitgestellt.



Foto: Jens Büttner

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses und hochschulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Ilka Lochner-Borst**, hält das neue Gesetz für eine „runde Sache“ und letztlich für einen weiteren Schritt zum Familienland Mecklenburg-Vorpommern. Sie verwies auch auf die besondere Förderung des künstlerischen Nachwuchses im Land. Dafür sollen in jedem Jahr zwei Caspar-David-Friedrich-Stipendien vergeben werden.

Prof. Dr. Wolfgang Methling, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, hob die Neuerungen im Vergleich zum Entwurf hervor. „Von insgesamt neun Paragraphen wurden sechs grundlegend geändert“, sagte er. Seine Fraktion hätte mit einem Änderungsantrag im Ausschuss den Umdeklarationsprozess eingeleitet, und die Koalitionsfraktionen seien den Vorschlägen „zumindest teilweise“ gefolgt. „Obwohl wir bei diesem Gesetzentwurf in grundlegenden Fragen übereinstimmen, werden wir uns bei der Abstimmung enthalten.“ Der Fraktionschef begründete dies mit zu kurzen Fristen, die der Opposition zur Beratung des Änderungsantrages gelassen wurden. Er forderte die Koalitionsfraktionen auf, im Bildungsausschuss zu „geordneten Verfahren“ zurückzukehren. Seine Fraktion werde dem Gesetz zustimmen, betonte dagegen der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Hans Kreher**. Die Erhöhung der Stipendien auf 1.100 Euro löse keinen Jubel aus, aber sei angemessen. Insgesamt sieht er das Land mit dem Gesetz auf gutem Weg im Bologna-Prozess, mit dem bis zum Jahr 2010 ein einheitliches Hochschulwesen in Europa geschaffen werden soll.

Birger Lüssow (NPD) kritisierte insgesamt die „Regelungswut“ in Deutschland. Ein Zuviel an Gesetzen könne auch Anarchie erzeugen, sagte er. Der Abgeordnete bemängelte zudem, dass wirtschaftliche Aspekte bei der Förderung im Vordergrund stünden. Nach Humboldt solle ein Studium zunächst jedoch „zweckfreie“ Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit sein. Das Gesetz werde von seiner Fraktion abgelehnt, auch wenn ein Stipendium nach Caspar David Friedrich benannt werde, den er als „Nationalisten“ bezeichnete.

Die NPD habe im Ausschuss überhaupt keinen Beitrag geleistet und keinerlei eigene Anträge gestellt, kritisierte **Mathias Brodkorb**. Der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion wies in seiner Rede auf deutliche Verbesserungen hin. „Wir erhöhen die Stipendien nicht nur auf 1.100 Euro und liegen damit künftig deutschlandweit auf Platz zwei aller Länder, sondern verdreifachen sogar den Zuschlag für das erste Kind auf 150 Euro. Das ist ein weiterer kleiner Schritt hin zu einem Kinderland Mecklenburg-Vorpommern.“ An der Auswahl der Bewerber für das neue Caspar-David-Friedrich-Stipendium, mit dem künftig künstlerischer Nachwuchs geehrt wird, sollen seinen Worten nach die Hochschule Wismar, die Hochschule für Musik und Theater Rostock sowie die Universität Greifswald beteiligt sein.

BOLOGNA-PROZESS

1999 unterzeichneten 29 europäische Nationen die so genannte Bologna-Deklaration und bekannten sich zu dem Ziel, bis zum Jahr 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Für Deutschland haben Bund und Länder gemeinsam unterzeichnet und sich damit klar zu dem Ziel bekannt, die Reform des deutschen Hochschulwesens im europäischen Kontext voranzutreiben. Inzwischen haben sich eine Reihe weiterer Staaten diesem Ziel verschrieben, so dass nun 46 Länder den Bologna-Prozess mit gestalten. Das augenfälligste Ergebnis der Bologna-Reform ist die Umstellung der Studiengänge auf das zweistufige Bachelor-/Master-Studiensystem.

Weitere Informationen unter www.bmbf.de

Für ein starkes und modernes Land

Ministerpräsident hält erste Regierungserklärung

■ Mecklenburg-Vorpommerns neuer Ministerpräsident Erwin Sellering will das Land weiter voranbringen. Ziel sei ein starkes, selbstbewusstes und modernes Bundesland, sagte der 59-Jährige in seiner ersten Regierungserklärung am 21. Oktober im Landtag. Während die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU die Kontinuität in der Regierungsarbeit hervorhoben, beklagte die Opposition das Fehlen konkreter Aussagen, wie das Land den neuen Herausforderungen begegnen wolle. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

Ministerpräsident Erwin Sellering:

„Mecklenburg-Vorpommern soll Zukunft aus eigener Kraft gestalten“



■ „Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! [...]

Eines ist mir ganz wichtig und deshalb stelle ich es allem anderen voran: Ich möchte ein Ministerpräsident für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sein, für die Mecklenburger wie für die Vorpommern, für Männer und Frauen, für Junge und Alte, für Starke und Schwache, für Gesunde und Kranke, für den Unternehmer genauso wie für den Hartz-IV-Empfänger. Die Bauern sind mir so wichtig wie die Werftarbeiter. Die Ärzte und Krankenschwestern, die Kassiererinnen im Supermarkt, die Forscher an den Unikliniken, alle werden gebraucht. Und sie werden bei uns im Land, in unserer Heimat, gebraucht.

Für mich ist die wichtigste Aufgabe als Ministerpräsident, Politik so zu gestalten,

dass wir alle mitnehmen und keinen zurückzulassen. Wie in einer Familie ist es auch in der Gesellschaft die Aufgabe des Starken, dem Schwächeren zu helfen, damit er auf eigenen Füßen stehen und sein Leben selbst meistern kann.

Familie ist Gemeinschaft. Familie lässt niemanden allein. Sie ist da, wenn man sie braucht. Familie, das bedeutet Zusammengehörigkeit. So wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern miteinander umgehen. Denn nur, meine Damen und Herren, wenn wir zusammenhalten, werden wir die Aufgaben der Zukunft meistern. Wir wissen, spätestens 2020 müssen wir auf eigenen Füßen stehen. Mecklenburg-Vorpommern kann sich nicht darauf verlassen, dass andere, der Bund und Europa, weiter einen großen Teil der Rechnungen bezahlen. Spätestens 2020 müssen wir sagen können: Wir gestalten unsere Zukunft aus eigener Kraft.

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist ein starkes, selbstbewusstes, modernes Bundesland, ein Land, von dem die Menschen in ganz Deutschland und darüber hinaus sagen, da möchte ich leben, da möchte ich arbeiten, [...] ein Land, das stolz ist auf seine Leistungen und seine Traditionen selbstbewusst pflegt, ein Land, in dem die Menschen sich etwas zutrauen, weil sie sehen, sie haben etwas geschafft, und weil sie wissen, sie können noch mehr. Da wollen wir hin. Das ist unser Horizont. Da wollen wir 2020 stehen, meine Damen und Herren.

Wie erreichen wir das? Wir wissen, sozialer Fortschritt und starke Wirtschaft, das ist kein Widerspruch. Das gehört zusammen. Wenn jeder eine Chance hat, seine Begabungen und Stärken zu entwickeln, dann kommt das uns allen zugute. Jeder soll seine Begabungen in die Gemeinschaft einbringen können. Nur wenn wir alle mitnehmen und niemanden zurücklassen, dann sind wir als Gemeinschaft stark, auch wirtschaftlich stark. [...]

Meine Damen und Herren, zur Attraktivität unseres Landes gehört, dass wir das Kinderland M-V sind, dass wir ein hervorragendes Angebot für Familien haben. Schon heute gehört das Kinderbetreuungssystem in Mecklenburg-Vorpommern zu den besten in Deutschland. Oder, wie mir neulich eine aus Westdeutschland zugezogene Mutter sagte:

Das ist ja wie im Paradies. [...] Das Angebot stimmt also.

Aber Chancengleichheit heißt auch, dass der Kita-Besuch nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass Kinder aus sozial bedürftigen Familien in den Kindertagesstätten und Krippen ein kostenloses gesundes Mittagessen erhalten, denn eine gesunde Ernährung ist wichtig, Herr Glawe, für die Entwicklung eines jeden Kindes. Darüber hinaus trägt das Land künftig einen Teil der Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung.

Aber, meine Damen und Herren, der nächste Schritt wird sein und wird sein müssen, dass wir das Kindertagesstättengesetz weiter verbessern. Dazu wird auch gehören, für mehr Kinder mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Als wir 2004 den Pauschalbetrag für die Kitas ins Gesetz geschrieben haben, da hatten wir fast 10.000 Kinder weniger in den Kitas als heute. Wenn wir das Gesetz novellieren, werden wir das berücksichtigen müssen. Und, meine Damen und Herren, da, wo es soziale Brennpunkte gibt, brauchen Kinder eine besonders intensive Betreuung. Das liegt mir am Herzen [...].

Die Wirtschaft voranbringen und zukunftsfähige Arbeitsplätze hier im Land schaffen, das ist [...] der zweite politische Schwerpunkt der von mir geführten Landesregierung. [...]

Unsere Stärke, meine Damen und Herren, sind die Menschen. Die Menschen in unserem Land haben ganz unterschiedliche Fähigkeiten. Für jeden von ihnen brauchen wir Arbeitsplätze, brauchen wir den passenden Arbeitsplatz und deshalb muss die Wirtschaft unseres Landes auch breit aufgestellt sein. [...] Verarbeitendes Gewerbe, die maritime Wirtschaft und Logistik sind genauso wichtig wie die Biotechnologie, Tourismus, Ernährungsgüterwirtschaft und auch Servicecenter.

Meine Damen und Herren, im Interesse der Wirtschaft wird auch die Investition in die Infrastruktur weitergehen. Eine immer wichtigere Rolle spielen bei uns im Land die Häfen. Sie sind sehr unterschiedlich ausgerichtet und besitzen deshalb gute Voraussetzungen, vom Wachstum im Ostseeraum zu profitieren. Das nutzt nicht nur der Logistikwirtschaft, sondern die Häfen etablieren sich auch immer mehr als Standorte für neue Unternehmen. Im Kreuzfahrt- und Passagierverkehr haben

wir auch noch deutlich Reserven. [...]

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die wichtigste Ressource im Wettbewerb. Doch schon heute finden viele Unternehmen nicht mehr genug geeignete Auszubildende. Davon sind alle Arbeitgeber betroffen und sie tun gut daran, sich um ihren Nachwuchs zu kümmern und ihn sich zu sichern, und zwar im eigenen Interesse.

Mögen geringe Lohnkosten früher ein Standortvorteil gewesen sein, inzwischen muss die Wirtschaft umdenken. Um Fachkräfte hier zu halten oder nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen, brauchen wir angemessene Löhne und Ausbildungsvergütungen. Das ist Sache der Tarifpartner. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften. Aber wir müssen auch als Staat Leitplanken setzen, damit nicht einer der Tarifpartner von der Straße gedrängt wird. Hier gibt es innerhalb der Koalition durchaus unterschiedliche Meinungen, aber ich jedenfalls sage mit den Gewerkschaften: Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland. Wer den ganzen Tag hart arbeitet, muss sich und seine Familie auch davon ernähren können. Das ist für den Einzelnen eine Frage der Gerechtigkeit, [...] für das



Foto: Cornelius Kettler

Die Besucher auf der Gästetribüne, darunter Schüler und Lehrer des Schweriner Pädagogiums, verfolgen aufmerksam die Debatte zur Regierungserklärung.

Unternehmen ist es eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft. [...]

Meine Damen und Herren, für Mecklenburg-Vorpommern spricht vieles. Menschen von außerhalb denken bei Mecklenburg-Vorpommern sofort an das Gelb der weiten Rapsfelder, an den hohen blauen Himmel, die Alleen, die Ostsee, die herrlichen Flecken unberührter Natur. An dieses Bild knüpfen wir an im Tourismus, in der Gesundheitswirtschaft. [...]

In Mecklenburg-Vorpommern öffnen sich Horizonte für Menschen aus ganz Deutschland und darüber hinaus, die hier bei uns Urlaub machen wollen, leben und arbeiten wollen, und auch für Menschen, die sagen, Mecklenburg-Vorpommern soll meine neue Heimat sein [...]

Dabei geht es uns nicht allein um Jüngere, meine Damen und Herren, die hier arbeiten wollen. Immer mehr Senioren verlegen ihren Wohnsitz nach Mecklenburg-Vorpommern. Diesen Trend wollen wir verstärken. Auch da, müssen wir sagen, stehen wir im Wettbewerb, und deshalb, meine ich, dürfen wir die Werbung um

diese Gruppe nicht allein den Sachsen überlassen. Mecklenburg-Vorpommern ist schöner und gesünder.

Mein Ziel, meine Damen und Herren, ist, Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nummer Eins in Deutschland zu machen. Wir haben gute Voraussetzungen, das zu schaffen. Eine saubere Umwelt, gesunde Lebensmittel, hervorragende Reha-Einrichtungen, gute Wellness-Angebote, damit sind wir Spitze in Deutschland. [...]

Viele Menschen fragen sich angesichts der aktuellen Finanzkrise, ob sich unsere Haushaltssanierung wirklich gelohnt hat und weiter lohnt. [...] Ich sage, ja, sie lohnt sich. Gerade weil wir solide gewirtschaftet haben, kommen wir in der Krise besser zurecht. [...] Und ich sage ganz klar: Das, was jetzt Gesetz geworden ist zur Stabilisierung der Finanzmärkte, ist kein Grund, für die Zukunft doch wieder Kredite in Anspruch zu nehmen. Ich denke, jeder hier im Haus hat Verständnis dafür, dass ich im Vorfeld der schwierigen Verhandlungen zu diesem Gesetz auch

auf die große Gefahr für den Konsolidierungskurs hingewiesen habe. Das gehört, glaube ich, bei Verhandlungen dazu. Eine unbegrenzte Haftung von 35 Prozent, also maximal für uns 2,5 Milliarden Euro, das hätte in der Tat eine ganz erhebliche Gefährdung bedeutet. [...] Das konnte aber zum Glück abgewendet werden.

Meine Damen und Herren, 130 Millionen Euro, das ist eine ganz andere Dimension, das ist beherrschbar [...] und deshalb ist Ziel der Landesregierung, auch im Doppelhaushalt 2010/2011 keine Neuverschuldung. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ziel der von mir geführten Landesregierung ist klar: ein Mecklenburg-Vorpommern, das seine Zukunft aus eigener Kraft gestaltet, ein Land, das stark ist und das sich stark macht für seine Interessen, ein Land, in dem man gerne lebt und in das man gerne kommt, ein Land, in dem jeder seinen Platz hat. [...] Dafür stehe ich als Ministerpräsident. Dafür bitte ich Sie um Unterstützung. Für Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.“

Prof. Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

„Mit Plattitüden und seichten Ankündigungen werden Sie das Land nicht voranbringen“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie hätten sich bestimmt ein besseres politisches Umfeld für Ihre erste Regierungserklärung gewünscht als eine Zeit einer weltweiten Finanzkrise. Ist das vielleicht der Grund, dass Ihre Regierungserklärung

dermaßen oberflächlich und weitestgehend inhaltsleer geraten ist?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Gerade in dieser Situation reicht es doch nicht, anzukündigen, man wolle so weitermachen, aber auch neue Akzente set-

zen. Die Akzente müssen dann auch gesetzt werden. Davon habe ich so gut wie nichts gehört [...] Wie geht es nun weiter in unserem Land? „Weiter so“, sagen Sie. Mit Verlaub, Herr Ministerpräsident, Deutschland steht am Rande einer Rezession, die um Mecklenburg-Vorpommern, da kann der Himmel noch so hoch sein, garantiert keinen Bogen machen wird. Und außer „Weiter so“ kommt von Ihnen nichts. Ja, der Konsolidierungskurs muss fortgesetzt werden, aber es ist genauso wichtig, haushaltsrechtlich die Voraussetzungen zu schaffen für eine nachhaltige Entwicklung des Landes, gerade angesichts der Finanzkrise [...]

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Worte „Arbeitslosigkeit“, „Arbeitslose“ tauchen in Ihrer Rede überraschenderweise gar nicht auf. Ich habe sehr genau zugehört. Auch nicht, dass viele der neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse prekäre Verhältnisse

sind mit einem Lohn, von dem man sich eben nicht selbst und die Familie ernähren kann, wie Sie es selber fordern [...] Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Das sagen auch Sie, leider passiert aber nichts. Gehen Sie mit einem mutigen Vergabegesetz für Mecklenburg-Vorpommern endlich voran!

[...] Kein Wort zur Politik für Handwerk, für kleine und mittelständische Unternehmen, zu Existenzgründungen. Mecklenburg-Vorpommern als ländlich strukturiertes Land wird ausgeblendet,

*(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Baupolitik findet gar nicht statt.)*

die Bauern, die Landwirtschaft, Fehlanzeige. Regionale Entwicklungsunterschiede und wie Sie damit umgehen wollen, keine Aussage. Sozialökologischer Umbau, Klimaschutz, erneuerbare Energien – nichts davon haben wir gehört [...] Wie ist das mit dem ländlichen Raum, dem Dorf als Ort für Arbeit, Leben und Wohlfühlen? Wie ist es damit, dass Umwelt Arbeit macht und zugleich Arbeit schafft? [...] Die sympathischen Bilder, die Sie mit den Rapsfeldern unter schöne Natur malen, mit dem so großen Himmel, mit dem hohen Himmel können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Natur- und Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern an den Rand gedrängt worden sind [...] Sie haben die Chancengleichheit in der Bildung hervorgehoben. Das ist immer wichtig. Viel wichtiger wäre allerdings zu erfahren, mit welchen konkreten Maßnahmen sie ausgebaut werden soll [...] Die Volksinitiative für ein kostenloses Mittagessen an den Grundschulen hätte Ihnen die Möglichkeit gegeben zu zeigen, dass es Ihnen wirklich ernst ist und dass Sie wenigstens Schritte auf diesem Weg gehen wollen. Aber Fehlanzeige [...] Zu Hochschulen als Bildungseinrichtungen kein Wort in Ihrer Regierungserklärung. Nun ja, bei dem Murks, den die Koalitionsfraktionen in den letzten Monaten bei den eigenen Gesetzentwürfen abgeliefert haben, ist es wohl auch besser, den Mantel des Schweigens darüber auszuweiten.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)*

Möglicherweise meinen Sie das auch in Bezug auf Kulturpolitik, denn auch die kommt in Ihrer Rede nicht vor.

(Michael Roolf, FDP: Richtig so.)

[...] Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir sind uns darin einig, dass die Auseinandersetzung mit den Nazis und ihren Ideologien von allen Demokratinnen und Demokraten auch bei ansonsten unterschiedlichen politischen Situationen gemeinsam geführt werden muss, und da lassen wir auch nichts dazwischenkommen, Herr Kollege Jäger und andere, die gemeinsam daran arbeiten.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)*

Entscheidend für die Auseinandersetzung ist, ob die Politik im Lande den alten und den neuen Nazis den Wind aus den Segeln nimmt. In diesem Fall ist in Richtung Landesregierung zu fragen: Was unternimmt die Landesregierung zur Festigung demokratischer Strukturen im soziokulturellen Bereich, bei Jugendklubs, bei Streetworkern, bei Theatern und so weiter, um nicht die Räume für Nazis im wahrsten Sinne des Wortes frei zu machen? [...]

Wie steht es um die soziale Gerechtigkeit? Sie sprechen vom Kinder- und Familienland Mecklenburg-Vorpommern. Die Sätze klingen alle schön, allerdings mehr wie in einer Neujahrsansprache und nicht wie in einer Regierungserklärung. 50 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren leben in unserem Bundesland in Familien, deren Eltern Hartz-IV-Leistungsbezieher beziehungsweise Geringverdienende sind. Sie leben in Armut beziehungsweise sind von dieser bedroht. Ich wiederhole: 50 Prozent! Was haben Sie dagegen unternommen? Was wollen Sie dagegen unternehmen im Land und mit Ihrem Engagement auf Bundesebene? Sie haben monatlang unsere Anträge abgelehnt, mit denen wir die Situation von Hartz-IV-Betroffenen, insbesondere die der Kinder, verbessern wollten [...]

Notwendig ist ein kostenloser, chancengleicher Zugang zur Bildung für alle von der frühkindlichen Bildung an. Notwendig ist eine bedarfsgerechte und flächendeckende Gesundheitsversorgung für al-

le, einschließlich der Pflege. Seniorinnen und Senioren brauchen wie Menschen mit Behinderung Barrierefreiheit im Land. Aber was machen Sie? Sie greifen den Blinden und hochgradig sehbehinderten Menschen in die Tasche [...]

Ich vermisse in der Regierungserklärung auch ein klares Bekenntnis zur Stärkung der direkten Demokratie. Angesichts des Umgangs der Koalition mit der Volksinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“ wäre das sehr angebracht gewesen [...]

Was die Funktionalreform und den Umgang mit den unteren staatlichen Behörden betrifft, hat Sie offensichtlich der Mut verlassen, zumindest nach den Informationen, die wir haben.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)*

[...] Summa summarum, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit Plattitüden und seichten Ankündigungen ohne Unterbreitung werden Sie das Land nicht voranbringen. Das war heute nichts, aus unserer Sicht eine große Enttäuschung. Dafür können Sie nicht mit unserer Unterstützung rechnen!“



Foto: Cornelius Kettler

Vor dem Landtag übergeben Vertreter des Blinden- und Sehbehindertenvereins M-V Sozialministerin Manuela Schwesig Unterschriften gegen die Kürzung des Blindengeldes.

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

„Die Fraktion wird den Ministerpräsidenten mit allen Kräften unterstützen“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Professor Methling, ich habe zunächst angefangen, mal mitzuschreiben, um Ihr Negativwunschkonzert auch mal durchzurechnen. Ich muss Ihnen sagen, das, was Sie hier formuliert haben, ist ein wirkliches Wunschkonzert, das niemand, aber auch wirklich niemand in diesem Land bezahlen kann auf Dauer.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Sie dürfen niemals, niemals den Fehler machen, diese Regierungserklärung dazu zu nutzen, den Menschen etwas vorzugaukeln, was Sie gar nicht einhalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung die groben Ziele, die Zielrichtungen seiner Politik definiert. Ich denke, das ist aller Ehren wert. [...] Und wir als Abgeordnete, meine Damen und Herren, haben die Pflicht, diese Ziele letztendlich durch unsere Alltagsarbeit auch in Gesetze zu gießen und vernünftig umzusetzen. [...]

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Wochen über einige wichtige personelle Veränderungen entschieden. Wir haben bei den sozialdemokratischen Vertretern der Landesregierung wie auch in der Fraktion nahezu alle Führungspositionen ersetzt. Die Regierungs-

erklärung des neuen Ministerpräsidenten hat gezeigt, dass wir Sozialdemokraten handlungsfähig geblieben sind und zu Recht die Regierung dieses Landes leiten. Unsere Mitglieder der Landesregierung bilden mit der Fraktion im Landtag ein starkes Gespann, das sich tatkräftig und entschlossen für Mecklenburg-Vorpommern einsetzt. [...]

Ich verkenne nicht, dass die gute Regierungsarbeit auch Teamarbeit sein muss. Deswegen an dieser Stelle auch herzlichen Dank an die beiden ausgeschiedenen Minister Sigrid Keler und Otto Ebnet, die beide in ihren Aufgabenbereichen kompetent und mit vollem Einsatz für Mecklenburg-Vorpommern gearbeitet haben. Lassen Sie mich als Vorsitzender der SPD-Fraktion noch hinzufügen, der Erfolg und die Qualität der Regierungsarbeit hängen schließlich ganz wesentlich von der Arbeit der regierungstragenden Fraktionen ab. Deshalb danke ich an dieser Stelle auch Volker Schlotmann, meinem Vorgänger im Amt des Fraktionsvorsitzenden und neuem Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung. Und auch Ihnen, Herr Dr. Jäger, und den christdemokratischen Ministern dieser Landesregierung danke ich für die ersten beiden Jahre der Großen Koalition und freue mich weiterhin auf gute Zusammenarbeit für den weiteren Verlauf der Legislatur. [...]

Meine Damen und Herren, wir haben durch unseren klaren Sparkurs erreicht, dass wir keine neuen Schulden aufnehmen müssen und inzwischen sogar die

Verschuldung zurückführen können. Das muss so sein, auch weil sich wegen der demografischen Entwicklung unsere Schuldenlast auf immer weniger Einwohner verteilen wird. [...]

Wir sind damit weiter als viele andere Bundesländer. Ich halte es deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht für gerechtfertigt, uns dafür im Finanzausgleich zwischen den Ländern zur Kasse zu bitten. Aber eines muss auch klar sein: Die Solidarität ist keine Einbahnstraße.

[...] es erfüllt mich und uns alle mit einem gewissen Stolz, wenn wir von anderen westdeutschen Bundesländern inzwischen nicht einmal mehr als die armen unterstützungsbedürftigen Verwandten wahrgenommen werden. Und ich garantiere Ihnen, wenn wir durch unsere erfolgreiche Politik unsere Einnahmensituation weiter nachhaltig verbessern, wenn wir durch unsere gemeinsamen Anstrengungen in der Konkurrenz zwischen den Bundesländern weiter aufrücken, dann stehen wir natürlich auch zu unserer Pflicht, selbst den Schwächeren zu helfen. [...]

In den nächsten Jahren geht es nicht nur um eine Fortsetzung der bisherigen Politik. Für die nächsten zwei Jahre steht ein umfangreiches Reformpaket an. Da wäre zunächst die Verwaltungsreform, deren Notwendigkeit von niemandem bestritten wird. Durch die Zusammenlegung von Kreisen und eine Aufgabenübertragung vom Land auf die Kommunen werden schon mittelfristig Einsparungen erzielt, die die Verwaltung effektiver arbeiten lassen. [...]

Flankiert werden muss die Struktur- und Funktionalreform durch eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs. Unser Ziel ist eine neue, gerechtere Verteilung der Finanzmittel zwischen den Zentren und dem Umland, zwischen den Starken und den Schwachen.

Meine Damen und Herren, auch bei der Polizeistruktur stehen wir vor einer neuen Reform, die derzeit im Innenministerium vorbereitet wird. Diese Reform wird das geänderte polizeiliche Aufgabenspektrum

berücksichtigen und dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen. Niemand muss Angst haben um seine Sicherheit, denn nach der Reform werden mehr Polizisten auf der Straße sein als jetzt. [...]

Ganz sicher werden wir hier eine Lösung finden, die ohne jeden militärischen Einsatz der Bundeswehr für Gefahrenabwehr im Innern auskommt. Dafür stehe nicht nur ich, dafür steht auch die SPD in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut. So wie beim Bombodrom neulich, beim Petitionsausschuss im Bundestag. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Da war er ja aber nicht dabei.)

Meine Damen und Herren, es ist an uns Abgeordneten, die gesetzlichen Grundlagen für die Politik der Landesregierung zu schaffen und die Umsetzung der beschriebenen Ziele zu unterstützen, zu begleiten und zu überprüfen. Es kommt darauf an, dass wir in unserer täglichen Arbeit in den Ausschüssen und im Plenum daran mitwirken, aber es kommt auch darauf an, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern die Auseinandersetzungen um die verschiedenen Politikfelder erläutern und näherbringen. [...]

Gemeinsam ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Feinde von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bei der nächsten Landtagswahl keine Chance mehr haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Unsere Antwort auf rechtsextremistischen Populismus muss über die dringend erforderliche harte Repression hinausgehen, und auch die Aufklärung über die wahren Ziele des Rechtsextremismus reicht nicht aus. Wir müssen zeigen, wie man Politik tolerant und weltoffen gestaltet und wie man über verschiedene Lösungsansätze streitet, ohne sich zu verletzen oder den anderen herabzuwürdigen. [...]

Meine Damen und Herren, zurzeit befindet sich eine Entscheidung der Landesregierung im parlamentarischen Verfahren, die schmerzliche Ausgabenkürzungen vorsieht, die Kürzung des Landesblindengeldes. [...] Aber ich denke, diese schwierige Entscheidung wird ein gutes Beispiel für eine konstruktive Arbeit der Koalitionsfraktionen sein. [...] Ich will den Beratungen im Sozialausschuss und der Zweiten Lesung hier im Plenum nicht vorgreifen, aber lassen Sie mich ein wenig spekulieren. Wenn wir als Koalition das gemeinsam schaffen, trotz Kürzung dennoch weiterhin das höchste Blindengeld in Ostdeutschland zu zahlen, dann wäre das ein klares sozialpolitisches Bekenntnis. [...] Eines der ärmsten Länder setzt klare Prioritäten [...] und gewährt einen überdurchschnittlich hohen Nachteilsausgleich, um den Benachteiligten eine adäquate Teilhabe am Leben zu gewährleisten. [...]

Es geht um mehr Chancengleichheit in einem kinder- und familienfreundlichen Land, und das bedeutet einen deutlichen

Akzent auf die Bildungspolitik. Dazu gehören für mich zwingend eine erneute Qualitätsoffensive für die Kindertagesstätten und eine weitere Schwerpunktsetzung in der Sozialräumlichkeit, nämlich der chancenfördernden Gestaltung aller Lebensräume.

Es geht um ein selbstständiges, wirtschaftlich starkes und unabhängiges Mecklenburg-Vorpommern und dafür brauchen wir eine bessere Wirtschaftspolitik. Unsere Finanzpolitik der Haushaltskonsolidierung und auch die Absicherung des Bankensystems dienen einem starken Staat, der den Schwachen helfen kann und aktive Politik für eine Zukunftssicherung unserer Gesellschaft betreibt. Auch darin stimmen wir mit unserem Ministerpräsidenten überein.

Wir müssen die Jugendlichen neugierig machen auf ein Studium, und wir müssen eine finanzielle Absicherung während dieses Studiums auch gewährleisten. Mit uns wird es für ein Erststudium in Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin keine Studiengebühren geben. Die abschreckende Wirkung von Studiengebühren, gerade gegenüber Frauen und Abiturienten aus bildungsfernen Elternhäusern, ist sogar durch eine Studie belegt, die unverständlicherweise von der zuständigen Bundesministerin unter Verschluss gehalten wird. Solche Studien, meine Damen und Herren, gehören auf den Tisch. [...]

Meine Damen und Herren, wir sind gegen eine Einführung von Studiengebühren, aber Verwaltungsgebühren zahlen alle Bürger, und selbst Studierende haben be-



Foto: Jens Büttner

Es geht um mehr Chancengleichheit in einem kinder- und familienfreundlichen Land

reits in der Vergangenheit für verschiedene Leistungen konkret zugeordnete kostendeckende Gebühren an ihre Hochschulen zahlen müssen. Der gegenwärtige Streit um pauschale Verwaltungsgebühren geht am eigentlichen Problem weit vorbei.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So, so. –*

*Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig. –
Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)*

[...] Wir sollten bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen jedoch daran den-

ken, dass die demokratischen Fraktionen im Landtag eine gemeinsame Aufgabe haben. Wir haben das Mandat der Wählerinnen und Wähler bekommen, weil man von uns ernsthafte Anstrengungen zur Bewältigung der Probleme erwartet. Wir enttäuschen unsere Wählerinnen und Wähler, wenn wir uns hier stattdessen mit Wahlkampfpolemik aufhalten. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns in den wichtigen Zukunftsfragen unseres Landes weiterhin zwischen allen demokratischen Fraktionen konstruktiv zusammenarbeiten, wir Sozialde-

mokraten sind dazu bereit. Die Fraktion der SPD wird den Ministerpräsidenten bei der Umsetzung seiner Ziele mit allen Kräften unterstützen, nicht nur, weil wir derselben Partei angehören, sondern weil er für eine Politik steht, die unser Land weiterbringt. Die Regierung unter Führung von Erwin Sellering steht für ein soziales und sicheres, für ein selbstbewusstes, weltoffenes und zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Michael Rooff, FDP:

„Ihre Kraftlosigkeit ist mit Ideenlosigkeit gepaart“



Foto: Cornelius Kettler

■ „[...] Ihre Regierungserklärung [...] wirkt [...] kraftlos, weil Sie [...] nichts anderes machen, als im Fahrwasser Ihres Vorgängers mitzuschwimmen [...] Im Bereich Bildung ist das Land geprägt von einer niederschmetternden Bilanz, [...] die niedrigste Studierendenberechtigungsquote, [...] die niedrigste Fachhochschulquote, [...] die niedrigste Quote an männlichen Studienberechtigten [...] Dieses zu verändern, dafür sind Sie offensichtlich zu kraftlos [...]

Warum kommt eigentlich in Ihrer Rede nichts zum Thema Kultur in Mecklenburg-Vorpommern vor? [...]

Wo sehen wir Ihre Handschrift bei der Gestaltung der Gesundheits- und Sozialpolitik? Etwa daran, dass Sie als Minister das Blindengeld kürzen wollten [...] Etwa daran, dass sich das Gesundheitsland Meck-

lenburg-Vorpommern nur nach den Gästen und nicht nach der eigenen Bevölkerung ausrichtet? Etwa daran, dass die Kitas [...] im Vergleich zu anderen Bundesländern den geringsten Personalschlüssel und die geringste Finanzierung aufweisen? [...]

Ihre Kraftlosigkeit ist mit einer Ideenlosigkeit gepaart [...]

Ihre Aufgabe ist es, [...] nicht vorrangig nur nach Einnahmequellen (zu) suchen, sondern [...] viel stärker an die staatliche Ausgabenbegrenzung heranzugehen. [...] Wer Seniorenland Nummer Eins werden will, der kann nicht gleichzeitig die medizinische Betreuung aus der Fläche zurückziehen, [...] den öffentlichen Personenahverkehr ausdünnen und [...] offenen Auges Kulturangebote in der Fläche reduzieren. [...]

Lassen Sie uns einige Vorschläge machen, wie wir die Entwicklung hier in Mecklen-

burg-Vorpommern voranbringen. [...] wie Sie [...] sich auf Bundesebene für Mecklenburg-Vorpommern stark machen können [...].

Der erste Vorschlag ist die Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung vom 1. Januar 2007. [...] Erleichterung für die Bürger [...] 20,5 Milliarden Euro. [...]

Der zweite Bereich: zurück zur alten Pendlerpauschale. [...]

Setzen Sie sich im Bundesrat dafür ein, dass dieser grässliche Gesundheitsfonds gar nicht erst am 1. Januar 2009 in Gang kommt. [...]

Alle drei Punkte wären auch ein Wachstumsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern [...] und würden das verfügbare Einkommen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land spürbar erhöhen. [...]

Wo sind Ihre zukunftsweisenden Konzepte [...] Wir müssen endlich damit Schluss machen, uns in millionenschweren, politisch motivierten Prestigeobjekte zu verfangen [...] Verwenden wir die vorhandenen Gelder endlich für den heimischen Mittelstand, [...] unsere Förderung muss politisch unabhängig, transparent und [...] nachvollziehbar gestaltet werden. [...] Und Sie sollten nicht Marktmechanismen außer Kraft setzen [...] Mecklenburg-Vorpommern muss durch die Attraktivität seiner Standorte und nicht durch die Höhe seiner Fördersätze überzeugen. [...] Wir müssen [...] unsere Stärken systematisch und strategisch ausbauen. [...] Dazu sind die [...] Gesundheitswirtschaft, Ernährungswirtschaft, Logistikwirtschaft und Bildungswirtschaft bis ins Jahr 2020 als Leitbranchen zu entwickeln. [...].“

Dr. Armin Jäger, CDU:

„Schwerpunktsetzung ist mir lieber als ein Bauchladen“



■ „Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen!

Herr Methling, der Wechsel eines Ministerpräsidenten ist keine feindliche Übernahme, und deswegen, glaube ich, ist es sehr verständlich, dass ein neuer Ministerpräsident sehr gut daran tut, auf die Erfolge einer im Amt befindlichen Landesregierung aufzusetzen.

*(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das haben wir auch nicht kritisiert.)*

[...] Und das Zweite: Eine Regierungserklärung, jedenfalls so, wie ich sie verstehen möchte, ist auch nicht ein Wettbewerb um möglichst viele und dann noch unbezahlbare Versprechungen.

[...] Das heißt, wir brauchen nicht zu wiederholen, was alles schon gemacht worden ist. Ich erwarte als Parlamentarier von einem Regierungschef, dass er sagt, was er in Zukunft tun wird.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Genau das.)*

Und da würde ich mal ganz deutlich sagen, mir ist eine Schwerpunktsetzung sehr viel lieber als ein Bauchladen, der uns so präsentiert wird und jeder darf etwas daraus entnehmen.

Wenn der dienstälteste Ministerpräsident und auch die dienstälteste Finanzministerin ihre Funktion aufgegeben haben, dann ist das schon ein Generationenwechsel. Und, meine Damen und Herren,

ich möchte mich hier offiziell für meine Fraktion von diesem Pult aus noch einmal für die gute Zusammenarbeit mit den Ministern, die nicht mehr in diesem Amt sind, bedanken.

Meine Damen und Herren, der Regierungschef hat gewechselt, ein Teil der Mannschaft auch, aber wir haben uns auf eine Zusage verlassen, die uns der Ministerpräsident, der jetzige, in unserer Fraktionssitzung am 23. September gegeben hat. Und das, was er hier gesagt hat, ist schon eine Einlösung des Versprechens. [...] Gehen Sie davon aus, wir werden genauso weitermachen mit dem Umsetzen der Koalitionsvereinbarung, wie wir das jetzt nach zwei Jahren rückblickend auch Ihnen vorlegen können.

[...] Ich glaube, nach zwei Jahren einer Koalition können wir eines feststellen, und das wird Ihnen jetzt nicht gefallen, Herr Methling, im Gegensatz zu einer Vorgängerregierung, bei der in wichtigen Bereichen Stillstand war: [...] Da ist in erster Linie, Sie haben die Arbeitslosen angesprochen – richtig, das ist ein Thema, dem ich mich sehr gerne widme, wenn ich sehe, dass die Arbeitslosenzahl im Monat September 2008 mit 111.697 die geringste in einem September seit 1991 war. [...] die Arbeitslosenquote ist auch eine durchaus vorzeigefähige Zahl, 12,7 Prozent.

Die lag bei der letzten Landtagswahl bei 18 Prozent. In Zahlen, in Menschen sind das 47.000 weniger Arbeitslose als vor

zwei Jahren. Also wir brauchen sicher noch mehr von dieser Entwicklung, aber richtig ist, wir können sagen, offenbar war der Weg, den wir gemeinsam gegangen sind, nicht so falsch, wie Sie uns das hier vormachen wollen.

[...] trotz aller Unkenrufe, auch aus den von mir durchaus geschätzten Gewerkschaften, ist die Lehrstellenlücke bei uns im Land, und zwar ohne eine gesetzliche Regelung zur Ausbildungsplatzumlage, praktisch geschlossen worden.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Hans Kreher, FDP: Genau, ja. –
Zuruf von Angelika Gramkow,
DIE LINKE)*

[...] Mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 haben wir wie bereits mit dem Nachtragshaushalt 2007 keine Neuverschuldung vorgesehen. [...] Wir haben die Neuverschuldung in 2007 auf Null zurückfahren können. Und, Frau Gramkow, wir haben sogar den Kommunen mehr weitergegeben, als es jemals während der rot-roten Regierung der Fall war.

[...] Der Fortschrittsbericht hat uns, also dem Land Mecklenburg-Vorpommern, bescheinigt, dass wir die Verwendung der Gelder, die wir zur Verfügung hatten, mit einer Verwendungsrate von 116 Prozent erfüllt haben. Das ist nur Mathematik, aber wir haben tatsächlich unsere Aufgaben erfüllt.

[...] Im Tourismus liegt das Ergebnis des Jahres 2007 vor. Das Jahr 2008 muss noch ausgewertet werden. [...] Zuwachsraten von über sieben Prozent im ersten Halbjahr 2008 lassen sich durchaus sehen, und da war kein Bush-Besuch dabei. Mit dem Ozeaneum in Stralsund und dem Müritzmuseum in Waren [...] sind weitere touristische Anziehungspunkte entstanden.

Wir sind in einem sehr komplexen Aufgabenfeld weitergekommen, aber wir sind noch nicht durch. Ich meine damit die Verwaltungsreform. Die Enquetekommiss-



Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt in Mecklenburg-Vorpommern sieht derzeit deutlich besser aus als in den Vorjahren.

sion hat Anfang des Jahres aus der Vorlage des Innenministers ein Leitbild zur Kreisgebietsreform entwickelt. [...]

Meine Damen und Herren, ich möchte eines zum ehrenamtlichen Element sagen. Herr Roof, Sie hatten es angesprochen. Das geht gar nicht anders in einem Flächenland ohne Ehrenamt. [...] Und genau deswegen haben wir gemeinsam, also der Landtag und die Landesregierung, eine Imagekampagne für die Freiwilligen Feuerwehren gestartet. Und aus Ihren Zwischenrufen merke ich, dafür sind Sie ja auch.

Zum Breitensport: Die Große Koalition hat mit einem weiterhin gleichbleibend hohen Betrag in Höhe von 8,2 Millionen Euro jährlich die Breitensportförderung fortgesetzt. Aber wir haben im Haushalt für die Jahre 2008 und 2009 500.000 Euro zusätzlich draufsetzen können.

[...] es gibt ein Thema, das uns alle sehr beschäftigt hat, was im Rückblick die Landesregierung, glaube ich, sehr gut angefasst hat, und das ist die Reaktion auf die Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen in der jüngsten Vergangenheit. Im September 2008 ist das Gesetz zum öffentlichen Gesundheitsdienst verabschiedet worden. [...] Wir haben in einer doch, meine ich, beachtlich schnellen und doch gründlichen Diskussion Möglichkeiten geschaffen, um hier eingreifen zu können. [...]

Familienfreundliche Kommune, familienfreundliches Unternehmen, dazu haben Sie gesagt: Na, was heißt das denn? Meine Damen und Herren, vieles ist auch Psychologie, um den Menschen zu sagen, das, was ihr da tut, gerade in einer Kommune, in einer Gemeinde oder in einem Unternehmen, das finden wir gut. Das möchten wir hervorheben [...]

Zu den Familien: Wir haben seit dem 1. August die Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr um 80 Euro abgesenkt. Insgesamt haben wir dafür und für das kostenfreie Mittagessen für Kinder aus sozial schwachen Familien im Doppelhaushalt 2008/2009 immerhin 20,5 Millionen Euro eingesetzt. Das ist bei einem Landeshaushalt in der Größe unseres Landes schon ein gutes Wort.

Meine Damen und Herren, die Zentren für Demokratie sind hier mehrfach erwähnt worden. [...] Dies war zunächst eine Initiative aus unseren Fraktionen des Landtages. Wir haben der Landesregierung die Aufgabe erteilt und ihr als Haushaltsgeber die Mittel zur Verfügung gestellt. Ich sage Ihnen auch, für mich bleibt das – und ich hoffe, dass das auch in den anderen Fraktionen so gesehen wird – Chefsache. Hier haben wir eine gemeinsame Aufgabe und werden uns überhaupt nicht auseinandertrennen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

[...] viele von uns wissen, dass mangelnde Zukunftssicherheit – nämlich was wird mit dem Betrag, der im FAG steht – so manches Aufeinanderzugehen in der Vergangenheit verhindert hat. So weit sind wir, ich glaube, das sagen zu dürfen, zumindest gemeinsam, auch wenn das Finanzausgleichsgesetz beziehungsweise die Veränderung des Finanzausgleichsgesetzes noch als ziemlich große Aufgabe vor uns liegt. Wir, die Koalitionsfraktionen, sind an einem Punkt vorangeprescht und haben gesagt, diese 35,8 Millionen Euro bleiben außerhalb der Diskussion, die werden garantiert, weil es so dringend nötig ist.

[...] Wir werden den Weg weitergehen bei der Entwicklung der Funktional- und Kreisgebietsreform, und zwar unter Einbeziehung der Kommunen. Ich halte das für unverzichtbar. Wir werden auch den Fahrplan einhalten, den der Ministerpräsident hier vorgegeben und genannt hat. Wir werden uns sputen müssen, meine Damen und Herren, da ist noch viel Arbeit vor uns.

[...] Meine Damen und Herren, sicher wird weiterhin die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in unserem Land eine vorrangige und [...] auch eine dauerhafte Aufgabe sein. Jürgen Seidel als Wirtschaftsminister wird von uns dabei unterstützt.

[...] es hat mich geärgert, das gebe ich auch zu, deswegen sage ich es hier, dass es sich der ausgeschiedene Verkehrsminister Otto Ebnet nicht verkneifen konnte, er konnte es einfach nicht, vor seinem Ausscheiden noch einmal Kollegenschelte zu betreiben. [...] Ich kenne ihn lang genug, deswegen nehme ich es ihm persönlich übel. Es war erstens nicht die feine Art, das hat ihm persönlich nicht gutgetan, das hat er gar nicht verdient, [...] und zweitens war es eine gänzlich falsche Einschätzung.

*(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:
Das interessiert uns überhaupt nicht. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)*

Auch so viel gehört dazu, dass man das offen miteinander anspricht, [...] Ich will nur sagen, ich bin zuversichtlich. Ich drehe mich noch einmal um: Wenn ich mir dieses Kabinett ansehe, dann war das wohl nur personenabhängig. [...] Das

wird keiner der Ministerinnen und Minister, die jetzt im Amt sind, tun. Wir werden sie bei der Arbeit unterstützen.

[...] Wir hätten hier mehr Lob von Ihnen dafür erwartet, [...] dass wir endlich ein modernes Jugendstrafvollzugsgesetz in die Wege geleitet haben, das jetzt in unserem Lande gilt, mit dem Grundsatz nämlich, dass man jugendlichen Straftätern in erster Linie in der Haft zuteil werden lässt, dass sie für das Leben fit gemacht werden nach der Haft. [...] wir ha-

ben jetzt die gesetzliche Grundlage. [...] wer keine gesetzliche Grundlage hat, hat auch kein Geld dafür, um das zu tun. Deswegen haben wir es gemacht und dafür sollten Sie eigentlich die Regierung loben.

[...] Einen Punkt will ich noch ansprechen, und zwar den letzten: Wir stehen als CDU-Fraktion hinter dem Vorhaben Steinkohlekraftwerk Lubmin, und wir stehen für ein rechtsstaatliches Genehmigungsverfahren. Und das darf politisch nicht behindert werden. Rechtsstaatlich heißt: Wenn die

Voraussetzungen für eine Genehmigung da sind, dann ist sie zu erteilen, sind sie nicht da, dann ist sie zu verweigern. Herr Kollege Dr. Nieszery, Sie haben das auch gesagt. Ich bin dem Ministerpräsidenten für die klarstellenden Ausführungen dazu in seiner Regierungserklärung sehr dankbar. Das war Klartext. Das brauchten wir auch.“

Stefan Köster, NPD:

„Wir halten diese Art der parlamentarischen Demokratie für undemokratisch“



■ „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! [...]

Es war zu hören, was von diesem Ministerpräsidenten, dem ehemaligen Sozialminister, immer zu hören ist, viele Worte, aber die Taten sollen bitte schön andere machen. [...]

Wo hat denn der Ministerpräsident zu den Menschen, zu den Mecklenburgern und Pommern, die im Ausland und in den westdeutschen Bundesländern den Lebensunterhalt für ihre Familien verdienen müssen, gesagt, liebe Landsleute, ich werde meine gesamte Kraft einsetzen, damit ihr hier in unserer wunderschönen Heimat wieder eine Zukunft habt? Fehlanzeige! Dieser Mensch Ministerpräsident ist kein Ministerpräsident für die Menschen, für die Bürgerinnen und Bürger im Land, sondern für die Bonzen und politische Kaste. [...]

Alles wird gut und alles geht aufwärts. Das bisschen Bankenkrise wird die blü-

henden Landschaften der Herren Selling, Schlotmann, unserem Binnenschiffer, und Seidel nicht ankränkeln. Das, was wir von dem Herrn Ministerpräsidenten Selling gehört haben, unterscheidet sich in keinem Wort von dem, was sein Vorgänger uns schon gebetsmühlenartig x-mal in einschläfernder Monotonie herunterleierte. [...]

Der jetzige Ministerpräsident ist als Sozialminister gescheitert, hat in seiner Zeit als Sozialminister immer von sozialer Verantwortung gesprochen und immer erst dann gehandelt, wenn das Kind schon längst in den Brunnen gefallen war.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach Gott, jetzt kommt die Geschichte!)

Als totales Versagen seines Ministeriums sei hier und an dieser Stelle nur auf das grausame Schicksal der kleinen Leasophie hingewiesen. [...]

Und auch seine unrühmliche Rolle in der Debatte um die Blindengeldkürzung zum 1. Januar 2009 zeigt deutlich, mit welchem Ministerpräsidenten es die Bürger des Landes bald und jetzt zu tun haben werden, [...] einem Ministerpräsidenten im Übrigen, der nicht etwa – und da sollte man auch sehr genau zuhören – [...] durch das Wählervotum bestimmt wurde [...] und noch nicht einmal nach der Hälfte der Legislaturperiode einfach von den Blockparteien installiert wurde. [...] Das nennen Sie Demokratie! [...]

Es sollen nicht die Menschen im Land bestimmen, sondern Sie von den Blockparteien wollen bestimmen, wer die Regierung führt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir haben Ihnen aber schon mal deutlich gemacht, dass wir diese Art der parlamentarischen Demokratie für undemokratisch halten.“

Auszüge aus dem Protokoll der Plenarsitzung am 21. Oktober 2008.

Landtag plant keine Luxus- sanierung des Plenarsaals

Demokraten wiesen Behauptung der NPD zurück

■ In der Plenarsitzung am 23. Oktober stand auf Antrag der NPD die Sanierung des Plenarsaals auf der Tagesordnung. Ihr Redner Stefan Köster forderte, die Pläne zum Umbau des Plenarsaals offen zu legen. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider wies im Namen aller vier demokratischen Landtagsfraktionen SPD, CDU, FDP und DIE LINKE die Behauptung der NPD zurück, es sei eine „Luxussanierung“ geplant. Unrichtig sei auch, dass die NPD nur unzureichend über die Planungen informiert sei. „Die NPD war zu jedem Zeitpunkt über den Stand der Beratungen in dieser Frage informiert“, betonte die Rednerin. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Stefan Köster, NPD:

„Die NPD-Fraktion lehnt Vorhaben ab“



■ „[...] Drei Fraktionen wollen [...] 6,5 Millionen Euro ausgeben und eine Fraktion, ganz edel, begnügt sich mit einem Kostenvolumen von 700.000 Euro.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Seit wann sind Ihnen Ausschüsse wichtig? – Glocke der Vizepräsidentin)

Ich war lieber im Sozialausschuss, war mir wichtiger.

[...]

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:

Sie wollen den Landtag ganz abschaffen oder was?!)

Nur die NPD-Fraktion lehnt Ihre Vorhaben ab.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir konnten es [...] in der „Schweriner Volkszeitung“ lesen. Dort plauderte der CDU-Abgeordnete Glawe [...] über die Umbauvorhaben, welche zuvor in der unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden parlamentarischen Baukommission beraten wurden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:

An der Sie nicht teilgenommen haben.) Ich bin Ihnen dankbar, Herr Glawe,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ich auch.)

dass Sie das Schweigen, [...]

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte doch hier zuzuhören, damit man den Redner auch noch verstehen kann.

(Jörg Heydorn, SPD:

Sie können auch wegbleiben. – Glocke der Vizepräsidentin – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Bitte, Herr Köster, Sie haben das Wort.

Stefan Köster, NPD: Vielleicht haben Sie [...] von dem NPD-Dringlichkeitsantrag erfahren, schließlich haben die Wände in diesem Schloss große Ohren. [...] Wir Nationalisten fordern [...] den Landtag auf, von der Landtagspräsidentin zu verlangen, dass den Menschen [...] alle Planungen in Bezug auf die Umgestaltung [...] des Plenarsaales offengelegt werden! [...]

GESCHICHTE DES PLENARSAALS

- Nach Bezug des Schlosses 1857 als „unfertiger Saal“ bei größeren Festen als Speisesaal genutzt.
- Beim großen Schlossbrand am 15./16. Dezember 1913 völlig zerstört.
- 1948 zum Sitzungssaal für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern ausgebaut. Eine Empore wurde eingezogen, die Decke mit schweren Messingleuchtern versehen und die Wände mit Stadtwappen geschmückt.
- Nach 1952 (Auflösung der Länder auf dem Territorium der DDR) Tagungsort für den Schweriner Bezirkstag.
- 1978 erhielt der Saal im Wesentlichen sein heutiges Aussehen mit Tonkabine und Holzrippen-Wand hinter dem Präsidium.
- Seit 1990 wieder als Plenarsaal des Landesparlaments genutzt. Modernisiert, mit Klimaanlage, Aufzeichnungstechnik und neuer Beleuchtung versehen. Für Besucher der Parlamentsdebatten wurde im hinteren Teil des Saales ein leicht erhöhtes Podest eingebaut.
- 1994 und 2002 „Schönheitsreparaturen“ (Akustik- und Beleuchtungsdecke, Erweiterung der Klimaanlage, behindertengerechter Zugang, Fensterverdunklung, neuer Teppichboden)

Dadurch, dass Sie politische Kartelle über die Fraktionsgrenzen hinweg [...] bilden, werden die Wähler entmachtet und die Kontrolle durch die Öffentlichkeit geschwächt. Beweisen Sie [...], dass Ihnen die Einbindung des Volkes in politische Entscheidungsprozesse wichtig ist! Sorgen Sie mit uns dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger im Land die Umbaupläne prüfen können!“

Sylvia Bretschneider, SPD:

„Hören Sie auf, die Öffentlichkeit zu täuschen!“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier wieder ein Paradebeispiel für die nicht vorhandene Substanz der NPD-Anträge.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

[...] Sie suggerieren, es werde eine Luxusanierung des Plenarsaales vorbereitet und dies passiere dann auch noch im Geheimen. Fakt ist:

Erstens: Es gibt keine Pläne für eine Luxusanierung des wichtigsten Raumes, besser gesagt, des Herzstücks unseres Landesparlamentes.

Zweitens: Es wurden keinerlei Entscheidungen zum Umbau des Plenarsaales getroffen. [...]

Drittens: Die NPD war zu jedem Zeitpunkt über den Stand der Beratungen in dieser Frage informiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

So ist es. –

Gino Leonhard, FDP: Ganz genau. –

Jörg Heydorn, SPD: Wahrscheinlich haben Sie es nicht verstanden.)

Die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen dieses Hauses wissen nur zu gut, dass NPD-Anträge wie der heutige Ihrer Methode entsprechen, meine Herren, [...] stets und immer lauthals nach der Feuerwehr zu rufen, obwohl es gar nicht brennt. [...]

Sie wollen einzig und allein Aufmerksamkeit, um jeden Preis, und das mit unredlichen Mitteln.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr richtig. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Herren von der NPD, ich fordere Sie auf, hören Sie auf, die Öffentlichkeit zu täuschen! [...]

Fangen Sie stattdessen endlich an, das zu tun, wofür Sie Steuergelder erhalten! Arbeiten Sie in den Ausschüssen mit, statt Geld für bloßes Dasein zu kassieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Da wird nicht gearbeitet, leider.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die NPD gibt vor, über Planungen zum Umbau des Plenarsaales unzureichend informiert zu sein. [...]

Wir haben im Ältestenrat seit Dezember 2006 bis heute in mehreren Sitzungen über die Thematik des Umbaus beziehungsweise der Verlagerung des Plenarsaales beraten. Im Juni 2008 wurde wiederum der Ältestenrat umfassend über den Sachstand informiert. Und am 17. September 2008, also vor etwas mehr als einem Monat, gab es dazu intensive Beratungen in der parlamentarischen Baukommission. Bei dieser Beratung waren alle Fraktionen vertreten, nur die NPD nicht. Sie, meine Herren, waren eingeladen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:

Na, da schau her! –

Michael Rooff, FDP: Tja!)

aber es ist kein Vertreter Ihrer Fraktion erschienen. Wir kennen das ja inzwischen, die NPD erscheint nur dann, wenn sie sich der Öffentlichkeit präsentieren kann. Es ist ja nun nicht so, als wenn wir Sie dort ernsthaft vermissen würden. [...] Aber es ist schon wirklich der Gipfel der Dreistigkeit, in der Beratungssitzung der parlamentarischen Baukommission ohne jegliche Entschuldigung zu fehlen [...] und dann die Offenlegung der Beratungsergebnisse zu verlangen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

So ist es. –

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

Das ist ja unerhört!)

[...] Und es geht auch nicht nur um die Beratungssitzung selbst. Ihre Fraktion hat wie alle anderen Fraktionen zu jeder Sitzung auch schriftliche Informations- und Beratungsvorlagen erhalten. Diese Unterlagen lagen Ihnen doch wohl vor, meine Herren von der NPD. [...]

Jetzt stellen Sie sich hier hin und tun so, als ob Sie nicht informiert worden seien.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:

Ja, das ist typisch.)

Dabei kennen Sie jedes Detail und jede der diskutierten Varianten ganz genau. Aber das hat Sie offensichtlich nicht interessiert oder, und dies halte nicht nur ich für sehr viel wahrscheinlicher, Sie geben hier bewusst die Ahnungslosen.

Meine Herren von der NPD, mit diesem Antrag versuchen Sie, die Menschen in diesem Land für dumm zu verkaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

Genauso ist das.)

Das ist die Wahrheit. Wider besseres Wissen behaupten Sie Falsches. Sie enthalten den Menschen Informationen vor, um sie mit platten Parolen aufzuhetzen. Bewusst irritieren Sie mit Halbwahrheiten und wollen negative Gefühle wie Neid und Missgunst schüren. Wie so oft dreschen Sie ohne Sinn und Verstand auf ein Thema ein und versprechen sich Zuspruch. Schnell eine Pressemitteilung oder einen einfach nur populistischen Antrag formuliert, und raus damit in die Welt. [...]

Einmal haben wir Sie allerdings in diesem Hause auch als Leisetreter erlebt. [...] In aller Stille, ganz ohne sich öffentlich und laut bemerkbar zu machen, hat Ihr heutiger Fraktionsgeschäftsführer schon am Tag nach der Landtagswahl 2006 für die NPD Räume und Geld gefordert. [...]

Wohlgemerkt, zu diesem Zeitpunkt hatte sich der neu gewählte Landtag noch gar nicht konstituiert. [...] Weder Fraktionen noch Abgeordnete waren da, und es wurde schon Geld gefordert. Und dann hat man eben schnell eine öffentlichkeitswirksame Fraktionssitzung inszeniert und vor allem Geld und immer wieder Geld gefordert. Als Sie dies dann hatten, meine Herren, haben Sie laut über Ihre Räume gejammert. Ich weiß nicht, ob Ihnen überhaupt klar ist, wie viele der Abgeordneten, die seit der 1. Wahlperiode in diesem Haus sitzen, in den Anfangsjahren unter unzumutbaren Bedingungen, mit drei bis vier Abgeordneten, manchmal sogar noch mit Mitarbeitern im Raum, bei Baulärm, bei Staub, bei Lärmbelästigung hier ihre Arbeit für dieses Land Mecklenburg-Vorpommern gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Oh, wir fangen an zu weinen, gnädige Frau!)

Heute reden Sie sicher bewusst nur sehr leise über die von Ihnen genutzten Räume im Schweriner Schloss. Ob Ihre Wähler wissen, dass der Herr mit dem göttlichen Auftrag, wie er selbst formulierte, Udo Pastörs, im Schloss Hof hält?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was hat der, einen göttlichen Auftrag?)

Weil wir es bisher nur flüstern und sicher sehr bewusst Film- und Fotobelege hiervon verhindern, erwähne ich das hier einmal

laut und deutlich. Auch sollen die Menschen im Land wissen, dass Sie sich nicht zu schade waren, trotz aller Ihnen zustehenden Gelder bei der Landtagsverwaltung weitere Dinge zu fordern, die Ihnen zur Verfügung gestellt werden sollten. [...] Dass Sie selbst Spültablets zum Betrieb Ihrer Spülmaschine forderten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

haben Sie darüber ähnlich laut gesprochen, wie über so viele andere Dinge? Sagen Sie doch bitte den Menschen, dass Sie jährlich mehr als 600.000 Euro Steuergelder, das Geld von uns allen, für Ihre Fraktion erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Erzählen Sie den Menschen und erzählen Sie bitte den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, dass Sie mit diesem Geld einschlägig vorbestrafte Straftäter und hohe Parteifunktionäre der rechtsextremen Szene aus ganz Deutschland hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen. Erzählen Sie das den Menschen!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

[...] Ich möchte diese Gelegenheit natürlich nutzen, um den Bürgerinnen und Bürgern Mecklenburg-Vorpommerns einmal die Situation in unserem Plenarsaal zu beschreiben, denn nicht jeder hatte bisher Gelegenheit, hier zu sein. [...]

Der Plenarsaal ist jetzt seit 18 Jahren als Provisorium in Betrieb, ohne dass eine grundlegende Instandsetzung oder gar Modernisierung stattgefunden hat. Die Beschwerden über den Zustand häufen sich. [...]

Die im Jahr 1994 installierte Beleuchtungsanlage ist zum Teil abgängig. Die defekten Komponenten sind aber nicht mehr beschaffbar und müssen folglich durch neue Bauteile ersetzt werden. Ton-technik und Lautsprecheranlage genügen den Anforderungen in keiner Weise. Die Abgeordneten in den hinteren Reihen, die

Presse und die Zuschauer können der Plenarsitzung nur unter erschwerten Bedingungen folgen. Hörgeschädigte Personen können die Plenarsitzungen kaum noch nachvollziehen, da durch den Ausfall der Induktionsschleife die Nutzung von Hörgeräten nur schwer möglich ist. [...] Eine Instandsetzung ist wegen des Benachteiligungsverbot von Menschen mit Behinderung zwingend erforderlich.

Zurzeit werden Brand- und Rauchmelder nachgerüstet, um hier im Plenarsaal des Landtages wenigstens den Mindestanforderungen Genüge zu leisten, die bei privat vermietetem Wohnraum verpflichtend sind. Künftig werden wir also zumindest darüber informiert, wenn ein Brand ausbrechen sollte. Über eine richtige Brandschutzanlage verfügen wir aber dennoch nicht. [...]

Meine Herren, was meinen Sie eigentlich mit Luxussanierung? Wir haben Ihnen insgesamt vier Varianten zur Veränderung beziehungsweise Verlagerung des Plenarsaales unterbreitet. Jede der demokratischen Fraktionen hat sich für eine Variante ausgesprochen, nur Sie von der NPD lehnen eine Sanierung ab. Ihnen scheint es egal zu sein, ob Besucher etwas verstehen, ob schwerhörige Menschen der Sitzung folgen können. [...]

Für jemanden, der das System der parlamentarischen Demokratie beseitigen will, der das Parlament als „Schwatzbude“ beschimpft,

(Udo Pastörs, NPD: Ist es ja auch. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

den deutschen Bundestag als „Knesset an der Spree“ verhöhnt, ist es natürlich unwichtig,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

unter welchen Bedingungen die Volksvertretung tagt. Je schlechter der Zustand des Tagungsortes, desto besser für diejenigen, die diesen Ort nur nutzen, um ihre menschenverachtende Politik auch noch staatlich alimentieren zu lassen.

(Stefan Köster, NPD: Bla, bla, bla!)

Worum geht es denn überhaupt bei der Frage der Sanierung des Plenarsaales? Wie ich es bereits erwähnte, haben wir vier Varianten erarbeiten lassen, wie man den Plenarsaal verändern könnte beziehungsweise müsste, um die vorhandenen Mängel zu beheben. In einer Minimalvariante würden die dringendsten technischen Mängel im Plenarsaal behoben, das heißt, eine Klimaanlage würde eingebaut und die Heizung erneuert, die Beleuchtungs- und Beschallungsanlage verbessert und der erforderliche Brandschutz eingerichtet. Allein diese zwingend notwendigen Reparaturen und Instandsetzungen würden etwa, und das sind Zahlen, die auch noch mal exakt geprüft werden müssen, etwa 700.000 Euro kosten. Wir würden aber weiter in dieser parlamentarisch unglücklichen Sitzordnung tagen, die Arbeitssituation für die Medienvertreter wäre weiterhin unzureichend, die Besucher säßen immer noch sehr weit vom Geschehen entfernt und wir würden die vorhandenen Probleme nur zum Teil lösen. Wir haben deshalb auch weitere Varianten erörtert.

In einer Variante geht es um die Umgestaltung des bisherigen Plenarsaales, indem die Sitzordnung gedreht würde. Dadurch wäre die Sitzordnung erheblich günstiger und würde den Anforderungen eines modernen Parlaments viel eher entsprechen. Die Kosten dieser Variante belaufen sich auf etwa 2,9 Millionen Euro. Die Platzkapazitäten für Besucher und Medienvertre-

ter wären in diesem Fall aber noch weiter eingeschränkt. Diesen Schwierigkeiten könnte man dadurch begegnen, dass auch der Medien- und Besucherbereich neu gestaltet würden. [...] Die Kosten dieser Variante liegen etwa bei 3,5 Millionen Euro.

Letztlich gibt es auch eine Variante, in der vorgesehen wird, den jetzigen sogenannten Festsaal, der zurzeit mit einer unbequemen und unzweckmäßigen Kinobestuhlung ausgestattet ist, zum Plenarsaal umzubauen. Das wäre mit etwa 5,5 Millionen Euro sicherlich die kostenintensivste Variante, die aber auch viele Vorteile bieten würde. Der neugestaltete Saal könnte aufgrund seiner Lage im Schloss auch als multifunktionaler Veranstaltungssaal genutzt werden und stünde damit auch für Tagungen, Kongresse und sonstige Veranstaltungen der Öffentlichkeit zur Verfügung, wie es auch in anderen Landtagen durchaus üblich ist. [...]

In keiner der Varianten, ich betone das, in keiner der Varianten war und ist eine Lussusanierung vorzunehmen. [...]

Richtig ist, dass die Sanierung und Instandhaltung des Schweriner Schlosses nicht zum Nulltarif möglich ist. Von den Gesamtkosten in Höhe von rund 94 Millionen Euro, die die Sanierung des Schlosses seit 1990 bis zum Ende dieses Jahres gekostet haben wird, sind zwei Drittel des Geldes in die Erhaltung der Bausubstanz

geflossen. Zwei Drittel der bisherigen Kosten sind aufgewendet worden für die Nachgründung des Gebäudes, also gar nicht zu sehen, weil in der Erde. Für die Sanierung der Dächer und Fassaden und für die Sanierung des Landtagsbereiches und die sonst öffentliche Nutzung – und das kann man gar nicht exakt trennen, weil wir viele Räume sowohl öffentlich als auch plenar- und landtagsmäßig nutzen – wurde ein Drittel der bisherigen Gesamtkosten ausgegeben. [...]

Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, dass im Schloss jährlich weit über 100 Veranstaltungen mit insgesamt fast 50.000 Teilnehmern stattfinden. Die Gesamtzahl der Besucher des Schlosses liegt bei circa 70.000 Personen ohne Museum, mit Museum sind es sogar 240.000. Wenn man jetzt mit Gästen aus anderen Landesparlamenten durch das Haus geht, sind diese immer ganz fasziniert von unserem schönen Schloss. Nach der Besichtigung des Plenarsaales reduziert sich diese Begeisterung und uns wird sofort die Frage gestellt, wie man in einem solchen Saal überhaupt konstruktiv arbeiten kann und wie die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages trotz so schlechter Bedingungen möglich ist. [...]

Es ist wahr, wir haben den schönsten Sitz eines deutschen Landesparlamentes, aber wir haben ebenso den vielleicht unzweckmäßigsten Plenarsaal.



Wegen der langgestreckten Form des Plenarsaales ist eine in Parlamenten übliche halbrunde Anordnung der Abgeordnetenplätze nicht möglich. Außerdem sind die Sicht und die Akustik für Besucher auf der Gästetribüne sehr schlecht.

Foto: Jörn Lehmann

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Um Ihnen einmal Kostengrößen bei Umbauten oder Sanierungen von Plenarsälen zu verdeutlichen, nenne ich Ihnen ein paar Daten. Die Sanierung des Plenarsaales im Bayerischen Landtag kostete etwa 10 Millionen Euro, für den Plenarsaal in Hessen inklusive der Nebenräume wurden knapp 34 Millionen Euro benötigt, im Saarland und in Thüringen jeweils 11 Millionen Euro und in unserem Nachbarland Schles-

wig-Holstein kostete der neue Plenarsaal etwa 7,6 Millionen Euro. [...]

Übrigens alles keine Luxussanierungen. Selbst in der kostspieligsten Variante, nämlich der Verlagerung des Plenarsaales in den jetzigen Festsaal, würden wir diese Größenordnung bei Weitem nicht erreichen.

Und ich will auch nicht verschweigen, dass es verschiedene Vorstellungen der demokratischen Fraktionen darüber gibt, welcher Variante zur Umgestaltung des Ple-

narsaales der Vorzug zu geben ist. Diese Frage muss politisch geklärt werden. Das ist nicht meine Aufgabe, das müssen die Fraktionen tun. Ich kann aber sagen, dass keine Fraktion zu irgendeinem Zeitpunkt in diesem Hohen Haus gefordert hat, wir sollen eine Luxussanierung des Plenarsaales vornehmen. – Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Stefan Köster, NPD:

„Die Diktatur lässt grüßen!“



■ Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...]

Ich danke Ihnen, Frau Bretschneider, dass Sie unseren Antrag angenommen haben,

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na, geht doch!)*

denn das, was Sie in Ihrem Redebeitrag vorgetragen haben, war unser Antrag, und ich danke Ihnen, dass ich die Daten jetzt aus dieser Anlage auch öffentlich verwenden darf. Mehr wollten wir gar nicht. [...]

*(Udo Timm, CDU:
Na dann hör' doch auf! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So ein Flegel!)*

[...] Auch wenn Sie es [...] nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, die bisherige Geheimniskrämerei um den Um- oder Neubau [...] des Plenarsaales schadet der

Demokratie [...] massiv.

*(Udo Timm, CDU: Aufhören! –
Hans Kreher, FDP: Wo haben wir
denn was verheimlicht? – Zurufe von
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)*

Sie sind [...] Feinde der Demokratie, Feinde von Mitbestimmung und Mitbeteiligung des Volkes.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, ja, Sie sind die Meister der
Mitbestimmung. –
Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)*

Und da Sie [...] im Sinne eines Blockes und wie eine abgehobene Kaste herrschen,

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das glauben Sie doch wohl selbst nicht,
dass Sie hier was mitbestimmen!)*

könnte man [...] Sie folgerichtig auch als Einheitsfront bezeichnen.

(Udo Timm, CDU: Lassen Sie das!)

Die Diktatur lässt grüßen! Wir beantragen eine namentliche Abstimmung.“

Auszüge aus dem Wortprotokoll der Plenarsitzung am 22. Oktober 2008.

Der Antrag der NPD-Fraktion wurde bei sechs Ja-Stimmen der NPD von den Abgeordneten der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP einhellig abgelehnt.

Kein Landesdatenschutzgipfel

Landtag lehnt FDP-Forderung ab

■ Die FDP ist im Landtag mit einem Vorstoß für einen Landesdatenschutzgipfel gescheitert. Im Parlament stimmten am 22. Oktober fast alle Abgeordneten der anderen Fraktionen gegen den Antrag der Liberalen, lediglich bei der Linken gab es zwei Enthaltungen. Anlass für den Vorschlag der FDP waren die Datenschutz-Skandale der jüngsten Vergangenheit, etwa bei Lidl oder der Telekom. Bei dem Treffen unter Moderation der Landesregierung sollten Landtagsfraktionen, Ministerien, Vertreter von Wirtschaft und Verbänden sowie der Landesdatenschutzbeauftragte die Skandale bewerten und sich zu einer Überprüfung des Landesdatenschutzgesetzes verständigen, hatte die FDP gefordert.

Die Frage, wie sicher die Daten sind und wie der Staat damit umgeht, müsse diskutiert werden, sagte **Gino Leonhard**, der den Antrag einbrachte. Die Debatte sei längst überfällig.

Innenminister **Lorenz Caffier** sieht hingegen keinen Bedarf für einen solchen Gipfel. Er hält den Antrag für überzogen. Der Landesregierung fehle zudem jedwede Zuständigkeit. Wichtig sei, dass der Bundesgesetzgeber reagiert. Er verwies auch auf die Kompetenz des Landesdatenschutzbeauftragten. Der Aufwand für einen solchen Gipfel stünde in keinem Verhältnis zu dem Ziel, das die Liberalen formulierten.

Reinhard Dankert (SPD) sieht ebenfalls das Vertrauen der Bürger in den Datenschutz durch die jüngsten Skandale erschüttert. „Die Menschen sind sensibler geworden bei der Preisgabe ihrer Daten“, sagte er. Aber von einem Gipfel würden auch Ergebnisse erwartet. Mecklenburg-Vorpommern habe aber schon Maßnahmen auf den Weg gebracht. Zudem würden die Vorschläge des Datenschutzbeauftragten regelmäßig diskutiert. „Die Inhalte gehen nicht unter“, sagte er. Ein Gipfel sei deshalb nicht nötig.

Gabriele Mestan (DIE LINKE) bezeichnete den Antrag als „ein wenig unredlich und im Grunde überflüssig“. Das Thema hätte ihrer Meinung nach zuerst und zügig im Innenausschuss behandelt werden müssen. Das sei wirksamer als ein Datenschutzgipfel im Frühjahr 2009. Sie verwies auf Vorschläge, die der Landesdatenschutzbeauftragte den demokratischen Fraktionen im Landtag bereits unterbreitet habe. Er hatte wiederholt eine Modernisierung der Gesetzeslage im Land zum Datenschutz gefordert. Nach Auffassung der Politikerin ist es wichtig, das Datenschutzrecht zu modernisieren. Ein Gipfel könnte ihrer Meinung nach zu keinen anderen Ergebnissen führen. Die Federführung in diesen Fragen würde sie lieber den Fachausschüssen des Parlaments überlassen als der Landesregierung oder einem Ministerium.

Der Meinung schloss sich auch der CDU-Abgeordnete **Jörg Vierkant** an und plädierte für eine Ablehnung. Der Innenausschuss sei der richtige Ort für eine Beratung. Auch die NPD hält ihrem Abgeordneten **Stefan Köster** zufolge nichts von einem Gipfel zu diesem Thema. Er verwies ebenfalls auf Ausschuss und Datenschutzbeauftragten. Ein weiterer „Plauderkongress“ sei gefährlich.

RECHTE DER BÜRGER

Artikel 6 (Datenschutz, Informationsrechte)

(1) Jeder hat das Recht auf Schutz seiner personenbezogenen Daten. Dieses Recht findet seine Grenzen in den Rechten Dritter und in den überwiegenden Interessen der Allgemeinheit.
(2) Jeder hat das Recht auf Auskunft über ihn betreffende Daten, soweit nicht Bundesrecht, rechtlich geschützte Interessen Dritter oder überwiegende Interessen der Allgemeinheit entgegenstehen. [...]

Artikel 37 (Datenschutzbeauftragter)

(1) Zur Wahrung des Rechts der Bürger auf Schutz ihrer persönlichen Daten wählt der Landtag auf die Dauer von sechs Jahren den Datenschutzbeauftragten; [...]
(3) Jeder kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden mit der Behauptung, bei der Bearbeitung seiner personenbezogenen Daten durch die öffentliche Verwaltung in seinem Recht auf Schutz seiner persönlichen Daten verletzt zu sein.

Aus der Landesverfassung M-V.

Wechsel

Neuer SPD-Fraktionsvorsitzender



Dr. Norbert Nieszery ist neuer Vorsitzender der SPD-Fraktion. Am 14. Oktober wurde er in diese Funktion gewählt, nachdem der langjährige Fraktionschef Volker Schlotmann zum Verkehrsminister ernannt worden war. Nieszery, von Beruf Archäologe, gehört dem Landtag seit 2002 an (Direktmandat Wahlkreis 16 Güstrow II) und leitete von November 2006 bis November 2008 den Innenausschuss.

Wolfgang Griese rückt nach



Angelika Gramkow, die dem Landtag seit 1991 ohne Unterbrechung angehörte, hat zum 31. Oktober ihr Landtagsmandat niedergelegt. Sie war am 28. September 2008 zur Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin gewählt worden und hat dieses Amt am 1. November angetreten. Listennachfolger für Angelika Gramkow ist Wolfgang Griese. Er gehört dem Landtag seit dem 3. November an. Der 60-jährige Diplom-Ingenieur für Bauwesen wohnt in Warin (Nordwestmecklenburg) und ist seit 1990 Stadtvertreter und seit 1999 stellvertretender Bürgermeister in Warin.

Ausschüsse

Nach dem Ausscheiden von Angelika Gramkow aus dem Landtag wurde Birgit Schwebs (DIE LINKE) neue Vorsitzende des Finanzausschusses.

Neuer Vorsitzender des Innenausschusses ist Dr. Gottfried Timm (SPD).

Hochschulgesetz

Anhörung im Bildungsausschuss

■ Bei einer nichtöffentlichen Anhörung zur geplanten Änderung des Landeshochschulgesetzes hat der Bildungsausschuss des Landtages am 16. Oktober Rektoren und Kanzler der Universitäten und Hochschulen des Landes sowie Studenten- und Gewerkschaftsvertreter zu dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen befragt. In der Anhörung ging es insbesondere um die Bündelung der Verwaltungsgebühren. Die Gesetzesnovelle sieht vor, dass die Hochschulen für die Verwaltungsleistungen, die sie für die Studierenden außerhalb der fachlichen Betreuung erbringen (Immatrikulation, Beurlaubung, Rückmeldung, Exmatrikulation, Prüfungsorganisation, allgemeine Studienberatung, Benutzung der Bibliotheken und EDV), einen Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 50 Euro pro Semester erheben. Die Mehrheit der Anzuhörenden sprach sich gegen die Gesetzesnovelle in der vorliegenden Form aus.



Foto: Cornelius Kettler

Während der nichtöffentlichen Anhörung im Bildungsausschuss zur Änderung des Landeshochschulgesetzes demonstrierten Studenten vor dem Schweriner Schloss gegen die Pläne der Landespolitik.

Konkurrent oder Auftraggeber?

Agrarausschuss hört forstwirtschaftliche Lohnunternehmer und Landesforstanstalt an

■ Ist die 2006 errichtete Landesforstanstalt mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten eine Konkurrenz für die privaten forstwirtschaftlichen Lohnunternehmen? Hat die Überführung der Landesforstverwaltung in die Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts vor zwei Jahren unter den veränderten Marktbedingungen unbeabsichtigte Nebenwirkungen? Diese Fragen waren Thema einer öffentlichen Anhörung im Agrarausschuss des Landtages am 16. Oktober.

Bereits am 1. Januar 2006 war das „Gesetz zur Errichtung der Landesforstanstalt und zur Änderung anderer Gesetze“ in Kraft getreten. Zweck dieses Gesetzes war es, die Landesforstverwaltung in die Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu überführen und auf diese Wei-

se eine eigenständig agierende Institution zu schaffen, die auf wirtschaftliche Erfordernisse reagieren kann.

Die Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten hat zu einem Rückgang der Nachfrage nach Holz und Holzprodukten geführt. Dies hat viele der in den zurückliegenden Jahren mit großzügiger öffentlicher Förderung gegründeten privaten forstwirtschaftlichen Lohnunternehmen in eine schwierige Situation gebracht. Nach der Ankündigung der Landesforstanstalt, in Holzernte- (Harvester) und Rücketechnik (Forwarder) investieren zu wollen, hat die Arbeitsgemeinschaft forstwirtschaftlicher Lohnunternehmer Befürchtungen an den Landtag herangetragen, dass diese Beschaffungen zu einem Auftragsrückgang einerseits und zu einem verstärkten Konkurrenzdruck andererseits führen könnten.

Dies hat die CDU-Fraktion zum Anlass genommen, eine Anhörung beider Seiten durch den Agrarausschuss zu beantragen. Diese Anhörung bot zudem die Möglichkeit, die Wirkung der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen sowie deren Zweckmäßigkeit unter veränderten Bedingungen zu überprüfen.

Dirk Reishaus von der Arbeitsgemeinschaft forstwirtschaftlicher Lohnunternehmer legte bei der Anhörung unter anderem dar, dass die Landesforstanstalt seiner Ansicht nach nicht alle Kostenbestandteile in die Leistungspreise hineinrechne und sich so mit günstigeren Angeboten an Ausschreibungen beteiligen könne. Sven Blomeyer, Vorstand der Landesforstanstalt, hielt dem entgegen, dass die Anstalt – obwohl als Wirtschaftsunternehmen zur Kostendeckung und Gewinnerzielung verpflichtet – eine Defensivstrategie verfolge und nur auf konkrete Nachfrage der Waldbesitzer tätig werde. Zudem kündigte er an, dass die Auftragsvergabe der Landesforstanstalt an Privatunternehmen bis zum Jahr 2008 weiter ansteigen werde.

Obwohl während der Anhörung nicht alle Fragen zufrieden stellend geklärt werden konnten, wurde deutlich, wie wichtig es ist, einmal getroffene politische Entscheidungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen, um unter veränderten Bedingungen möglicherweise auftretende unbeabsichtigte Nebenwirkungen weitestgehend auszuschließen.

Steinerne Spuren der großherzoglichen Familie

Auch Nachkommen von Friedrich Franz II. waren Bauherren

■ Mit dem Schloss in Schwerin hat er sich ein Denkmal gesetzt. Großherzog Friedrich Franz II., der wohl bedeutendste Bauherr an der einstigen Slawenburg, schuf vor rund 150 Jahren nicht nur einen prunkvollen Regenten- und Wohnsitz für sich und seine Familie. Dank genialer Architekten – allen voran Georg Adolph Demmler – entstand ein Prachtbau des Klassizismus, der heute zu den beliebtesten Touristenzielen in Mecklenburg-Vorpommern zählt.

Inzwischen vom Adelssitz zum Hort der Demokratie gewandelt, beherbergt das Schloss neben dem Museum und gastronomischen Einrichtungen auch das Landesparlament. Und wäre würdig, so ein Beschluss des Landtages, in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen zu werden.

Mit diesem Zeugnis hoher Baukunst gehört Großherzog Friedrich II. zweifelsohne zu den bekanntesten Mitgliedern der rund 900 Jahre alten Dynastie aus dem Hause Mecklenburg. Über seine Nachfahren ist weniger bekannt. Dabei haben auch sie Spuren hinterlassen, einige sogar „steinerner“, ganz wie der alte Erbgroßherzog. Zum Beispiel Anastasia. Die russische Großfürstin ist, genau genommen, nicht selbst Nachfahre, sondern hat einen geheiratet: Friedrich Franz III., den ältesten Sohn des Schlossbauherrn. Die Schwiegertochter von Friedrich Franz II. soll seinerzeit zu den elegantesten Frauen Europas gehört haben. Und wohl auch zu den modernsten, schließlich sind ihre Vorlieben für das damals noch exotische Automobil und für ein leidenschaftliches Tennisspiel überliefert. Davon zeugt auch der Tennisplatz, den Anastasia einst in Gelbensande anlegen ließ. In dem kleinen Ort nahe Graal-Müritz ließ die Zaren-



enkelin, mit finanzieller Unterstützung ihres Vaters, in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein Jagdschloss bauen.

Die jüngste Tochter von Anastasia und Friedrich Franz III. – Cecilie – verlobte sich 1904 im Jagdschloss Gelbensande mit Wilhelm, seines Zeichens preußischer Kronprinz. Und weil sie offenbar gute Erinnerungen an die Sommerresidenz ihrer Eltern hatte, weist ihr neues Zuhause im Preußischen wohl nicht zufällig Parallelen zum Jagdschlösschen in der Rostocker Heide auf: Schloss Cecilienhof, für das die junge Frau aus dem Hause Mecklenburg-Schwerin zur Namens- und Ideengeberin wurde. Der letzte Schlossbau der Hohenzollern, 1917 fertiggestellt, sollte bis 1945 Wohnsitz des Kronprinzenpaares bleiben. In die Geschichtsbücher gelangte „Cecilienhof“ freilich 1945 – als Tagungsort der drei Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz. Cecilies ältere Schwester Alexandrine übrigens machte auf andere Art von sich reden. Heiligabend 1879 in Schwerin geboren, starb sie 1952 in Kopenhagen. Als Königin von Dänemark hatte sie bis kurz vor ihrem Tod mehr als drei Jahrzehnte lang das Zepter geführt. Sie hatte als junges Mädchen Kronprinz Christian, den späteren dänischen König, im südfranzösischen Cannes geheiratet. In dem noblen Badeort an der Côte d'Azur hatten ihre Eltern Friedrich Franz III. und Anastasia zwar kein Jagdschloss, aber eine Villa. Wegen der guten Luft, denn Friedrich Franz soll seit seiner Kindheit in Schwerin an Asthma gelitten haben. Er starb 1897 in Cannes, genau ein Jahr vor der Hochzeit seiner Tochter – nach einem tragischen Sturz von der Terrassenbrüstung. Ein Sohn von Großherzog Friedrich Franz II. sollte noch in dessen Fußstapfen als Schlosserbauer treten: Johann Albrecht, jüngerer Bruder von Friedrich Franz III. Der preußische General der Kavallerie und

Gründer des mecklenburgischen Bergamts in Hagenow ließ 1898 Schloss Wiliograd am Schweriner Außensee fertigstellen. Das Bauwerk, eines der jüngsten Schlösser in Mecklenburg-Vorpommern, ist heute eine Stätte der Kunst und Kultur. Der kinderlose Johann Albrecht übrigens übte auch eine Zeitlang die Regentschaft über das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin aus. Nach dem unglücklichen Terrassensturz seines Bruders übernahm er für dessen noch minderjährigen Sohn, seinen Neffen Friedrich Franz IV., bis 1901 die Herrschaft. Der wiederum sollte der letzte Regent des Großherzogtums sein. 1918 verzichtete er – wohl nicht ganz freiwillig – auf den Thron. Die demokratische Entwicklung ließ sich eben nicht aufhalten.

Seine 1956 geborene Enkelin Donata hat sich als Erbin 1997 mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern über enteignete ehemalige Besitztümer geeinigt.

Die Buchhändlerin und Ururenkelin des Schlossbauherrn trägt den Titel Herzogin zu Mecklenburg von Solodkoff und ist heute hin und wieder Gast in Schwerin. In dem Schloss, das ihre großherzoglichen Vorfahren erbauten und das heute die höchste Vertretung des Volkes beherbergt.



Donata Herzogin zu Mecklenburg von Solodkoff (links) beim Jubiläumsfest zum 150. Geburtstag des Schweriner Schlosses im Juni 2007. (hier im Gespräch mit NDR-Moderatorin Dörte Graner.)

LESETIPP:

Christian Ludwig Herzog zu Mecklenburg: MECKLENBURG-SCHWERIN, cw Verlagsgruppe, Schwerin
ISBN 3-933781-28-0

Oben: Großherzog Friedrich Franz II.
Foto: Staatliches Museum Schwerin/Elke Walford

Am 23. Oktober übergaben Freunde der Theater im Land dem Petitionsausschuss des Landtages eine Massenpetition, unterschrieben von mehr als 17.500 Menschen. Die Unterzeichner fordern, die historisch gewachsenen Theater und Orchester in ihrer Struktur und Selbstständigkeit zu erhalten und die Fördermittel, die das Land seit 1994 in gleich bleibender Höhe zur Verfügung stellt, der allgemeinen Kostenentwicklung und den Tarifierhöhungen anzupassen.

(v.l. Vorsitzende des Petitionsausschusses Barbara Borchardt (DIE LINKE), Christina Winkel (Theater Vorpommern), Torsten Koplín (DIE LINKE), Karina Schulz, Eva Resch (beide Theater Vorpommern), Udo Timm (CDU), Angelika Peters (SPD).



Foto: Cornelius Kettler

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Armin Blumtritt

Am 7. November fand auf Initiative des Erwerbslosenbeirates M-V im Festsaal des Schweriner Schlosses das 11. Erwerbslosenparlament statt. An der Veranstaltung nahmen u.a. Vertreter der Sozialverbände, der Landesregierung sowie Abgeordnete des Landtages teil. Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Sitz des Parlamentes. Forderungen des Erwerbslosenparlamentes sind ein gesetzlicher Mindestlohn, unbefristete Arbeitsplätze, Arbeitsmarktprogramme gegen die Abwanderung, ein verstärkter Einsatz für arbeitslose Menschen und ein bedarfsgerechter Kinderregelsatz. Der wirtschaftliche Aufschwung sei bei vielen nicht angekommen, und nur der direkte Dialog zwischen Politik und Bürgern ermögliche es, dies zu ändern. (v. l. Marikka Kurzenberg, Mitglied im Erwerbslosenbeirat; Andreas Bluhm, Landtags-Vizepräsident; Ingo Schlüter, DGB Nord)

Foto: Herbert Kewitz



„Mitreden über Europa“ – unter diesem Motto hatten das Europäische Parlament und die Europäische Kommission am 30. Oktober zu einem Bürgerforum ins Schweriner Schloss eingeladen. Neben dem früheren Ministerpräsidenten und jetzigen CDU-Europaabgeordneten Dr. Alfred Gomolka diskutierten die EU-Abgeordneten Elisabeth Schroedter (Grüne) und André Brie (Linke), Dietlind Jering von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland sowie die Landtagsabgeordneten Rudolf Borchert (SPD) und Gino Leonhard (FDP) mit den ca. 100 interessierten Gästen. Themen waren u.a. die Finanzkrise, die Weiterentwicklung der EU und die bevorstehende Europawahl. (v.l. Dr. Wolfram Friedersdorff, stellv. Oberbürgermeister Schwerins, Prof. Dr. Alfred Gomolka, Moderator Jürgen Hingst, Elisabeth Schroedter, Dr. André Brie, Rudolf Borchert)

Foto: Rayk Weber



Bei schönstem Herbstwetter diente das Schweriner Schloss Ende Oktober als stimmungsvolle Kulisse für ein professionelles Mode-Shooting. Der Magdeburger Fotograf Rayk Weber setzte 13 Modelle der Kollektion „Des Teufels Lieblingsweib“, kreiert von Studenten der Design-Schule Schwerin, mit professionellen Models in Szene. Die sandsteinfarbene Dachlandschaft des Schlosses mit ihre Spitzen und Zinnen bot dabei einen reizvollen Kontrast zu den nahezu schwarzen, dem Gothik-Style angelehnten Outfits. Der Landtag hatte für die Aktion grünes Licht gegeben, um die Projektidee der angehenden Modedesigner, ihrer Design-Lehrerin Claudia Damm und des Teams von Rayk Weber zu unterstützen.

Foto: Rayk Weber